

stimme

Zeitschrift der Initiative Minderheiten

106

EUR 5,50

ISSN:2306-9287

2018
Frühling



Gedenken

80 Jahre „Anschluss“
und Pogrome

Antisemitismus im Lichte der aktuellen politischen Situation

Im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Regierung ist das Thema Antisemitismus fast täglich Teil der politischen Diskussion. Ein weiterer guter Grund, sich dazu Gedanken zu machen:

Antisemitismus ist Tausende Jahre alt, war oft religiös motiviert, manchmal auch politisch. Hin und wieder war er eine Kombination von Anfeindungen. Jedenfalls war Antisemitismus ein besonders herausragendes Merkmal des Nationalsozialismus und auch anderer politischer Bewegungen bereits vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten.

Die heutige Auseinandersetzung über Antisemitismus findet vor dem Hintergrund eines unfassbaren Völkermordes statt. Es ist nicht notwendig, die Dimension und die Einzigartigkeit dieses Verbrechens hier weiter auszuführen. Wichtig ist jedoch hervorzuheben, dass dieses Verbrechen nur unter Beteiligung bzw. Ignoranz oder auch durch Wegschauen weiter Kreise der damaligen Gesellschaft durchgeführt werden konnte. Die österreichische Gesellschaft war nach der Befreiung 1945 nicht über Nacht eine durchgehend menschenfreundliche geworden. Es wurden wohl durch Teile der Gesellschaft und der Politik „Lehren aus der Geschichte“ gezogen, aber bei Weitem nicht so konsequent, wie in Deutschland. Der Verweis auf Österreich als „erstes Opfer“ war nicht gerechtfertigt, aber wirksam.

Kurt Waldheim war für Österreich ein Glücksfall. Die Diskussion zu den empörenden Rechtfertigungsversuchen wurde zu einem Meilenstein in Sachen Bewusstseinsbildung. Die Bekenntnisse von Franz Vranitzky und Thomas Klestil zur Verantwortung Österreichs am Holocaust trugen das Ihre dazu bei. Erst danach schuf die Republik den Nationalfonds, der zu einem gewissen Grad Betroffene entschädigte, was viele von ihnen als bedeutende Geste empfanden. Das Psychosoziale Zentrum ESRA, durch die Israelitische Kultusgemeinde und die Gemeinde Wien 1994 ins Leben gerufen, behandelt und betreut seit damals Überlebende der NS-Verfolgung und deren Nachkommen.

Im Rückblick wird die jetzige Diskussion über diverse Verstrickungen der FPÖ mit dem Rechtsextremismus vielleicht und hoffentlich bewusstseinsbildend, klärend und somit abermals ein wichtiger Schritt für Österreich gewesen sein. Dies ist meine Hoffnung, nicht meine Prognose.

Die Diskussion um die Liederbücher, Facebook-Einträge und Verbindungen zu Medien wie *Aula*, *Zur Zeit* oder *unzensuriert.at* ist viel zu kurz gegriffen. Antisemitische Strophen und Codes in Schriften sind die deutlichsten Symptome einer Krankheit unserer Gesellschaft, jedoch nicht die einzigen. Alle Formen von Antisemitismus sind Symptome einer immer wieder auftretenden Epidemie der

Menschenverachtung, Inhumanität, des Egoismus und der Arroganz der Gesellschaft. Oft befeuert durch die Politik und den Boulevard.

Zusätzlich zum Antisemitismus „Made in Austria“ gibt es nun den sogenannten „importierten“ Antisemitismus. Natürlich muss auch dieser Antisemitismus entschlossen bekämpft werden. Der falsche Weg ist, wenn dieser „neue“ Antisemitismus den Blick auf den „alten“ verstellt und zu menschenverachtender Polemik und Verallgemeinerung etwa gegen AsylwerberInnen instrumentalisiert wird.

Nicht unerwähnt darf Antisemitismus in Form von Kritik an Israels Politik bleiben. Neben legitimer Kritik an politischen Vorgängen wird oft Kritik artikuliert, die sehr wohl Juden und Jüdinnen diffamiert, Klischees verwendet und das Existenzrecht Israels infrage stellt. Oft wird empört gefragt, wie Juden – ein Volk, das selber unter Verfolgung gelitten hat – andere Menschen unterdrücken könnten. Dies stellt eine Relativierung des Holocaust dar. Es vergleicht Unvergleichliches und ist somit eine Form getarnten Antisemitismus.

Soll Antisemitismus bekämpft werden, so muss jegliche Menschenverachtung bekämpft werden. Es reicht nicht, Liederbücher zu verräumen oder zu entsorgen. Es reicht nicht die Behauptung: „Ab morgen sind wir keine Antisemiten mehr!“ Die Menschenwürde muss als ein allgemein anerkannter Wert verankert sein. Es geht um die Haltung der Gesellschaft und darum, allen menschenverachtenden Tendenzen entgegenzuwirken.

Wollen Gruppierungen sich als frei von Antisemitismus präsentieren und soll dies nicht nur ein taktisches Manöver sein, so müssen die Verantwortlichen die eigenen Leichen im Keller ausgraben. Sie müssen ihre eigenen „Verirrungen“ selber, bevor es ihnen vorgehalten wird, verurteilen und sich von rechtsextremen, menschenverachtenden Personen, Gruppierungen, Medien und Ideologien distanzieren.

Im Bewusstsein des Schreckens der NS-Verbrechen verkündeten die Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948 die Deklaration der Menschenrechte mit dem Artikel 1: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren“. Erst wenn es gelingt, breite Massen mit Unterstützung durch Politik und Medien vom Wert der Menschenachtung und der Menschenwürde zu überzeugen, kann auch der Antisemitismus tatsächlich, nachhaltig und hoffentlich bis zur Bedeutungslosigkeit zurückgedrängt werden. ■

Impressum

STIMME ist das vierteljährliche Vereinsblatt der **Initiative Minderheiten** (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten).

Medieninhaberin und Verlegerin:

Bürgerinitiative Demokratisch Leben,

Jahnstraße 17, 6020 Innsbruck

Tel.: +43 512 58 67 83

Herausgeberin und Redaktion: **Initiative Minderheiten** (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten | ZVR-Zahl: 393928681) | Gumpendorfer Straße 15/13, 1060 Wien, Tel.: +43 1 966 90 01 | office@initiative.minderheiten.at | stimme@initiative.minderheiten.at

Chefredakteurin: **Gamze Ongan**

Redaktionelle Mitarbeit: **Vida Bakondy, Beate Eder-Jordan, mh, Jessica Beer, Cornelia Kogoj, Sabine Schwaighofer, Jana Sommeregger, Gerd Valchars, Vladimir Wakounig**

Kolumnen: **Hakan Gürses, Erwin Riess, Vida Bakondy**

Grafisches Konzept, Artdirektion & Illustrationen: **fazzDesign** (Fatih Aydogdu) | fazz@fazz3.net

Lektorat: **Nikolaus Stenitzer** | www.zeichenweise.com



Herstellung (Repro & Druck):

Donau Forum Druck Ges.m.b.H., Walter-Jurmann-Gasse 9, 1230 Wien | office@dfd.co.at

Lizenznehmer Österreichisches Umweltzeichen.

Verlags- und Erscheinungsort: **Innsbruck** | Verlagspostamt: 6020 Innsbruck

Anzeigen: **Ebru Uzun** | office@initiative.minderheiten.at

Abo-service: **Ebru Uzun** | abo@initiative.minderheiten.at

Jahresabo: **EUR 20,-** Inland, **EUR 30,-** Ausland

(für Vereinsmitglieder kostenlos), Einzelpreis: **EUR 5,50**

Web: **www.initiative.minderheiten.at**

www.zeitschrift-stimme.at

www.facebook.com/zeitschriftstimme

Namentlich gezeichnete Artikel müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben.

- 02** | **Kommentar** | Antisemitismus im Lichte der aktuellen politischen Situation | Peter Schwarz
- 04** | **Aushang**
Kurzmeldungen
- 05** | **Editorial**
Gamze Ongan
- 06** | **Stimmlage** | Von Göttern und der „Endstation Demokratie“
Hakan Gürses
- 08–09** | **Zweierlei Opfer**
Peter Pirker
- 10 | 12 | 19** | **Fotostrecke**
Fotografien leerer jüdischer Wohnungen von Robert Haas
- 11–12** | **80 Jahre Novemberpogrom**
Angelika Hirsch
- 13–15** | **Steine, die bewegen**
Matthias Beier und Daliah Hindler
- 16–19** | **„Wir gedenken ununterbrochen“**
Gerd Valchars im Gespräch mit der Vizepräsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde Claudia Prutscher
- 20–21** | **Homosexuelle NS-Opfer anerkennen**
Elisa Heinrich
- 22** | **„Wir setzen nicht gleich, wir vergleichen“**
Petra M. Springer im Gespräch mit der Historikerin Barbara Staudinger
- 23–24** | **Der Kampf um die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen hat Geschichte**
Volker Schönwiese
- 25–26** | **Randfiguren**
Petra Flieger
- 27** | **Groll** | Herr Groll in Hainburg an der Donau oder kein Rauch ohne Feuer | Erwin Riess
- 28–29** | **Nachlese** | „Mir lebn ejbig“
Melanie Konrad und Julia Hofbauer
- 30–31** | **Spurensicherung** | Kampf um Erinnerung
Vida Bakondy
- 32–33** | **Lektüre**
Rezensionen

Offenlegung gemäß §25 Mediengesetz: STIMME – Zeitschrift der Initiative Minderheiten ist das vierteljährliche Vereinsblatt der Initiative Minderheiten (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten) mit der grundlegenden Richtung gemäß §2 und §3 der Vereinsstatuten, die Kommunikation und das Zusammenleben von Minderheiten und Mehrheiten durch die Selbstdarstellung von Minderheiten und ihren Organisationen, durch Interviews, Erfahrungsberichte, wissenschaftliche Beiträge, Buch-, Periodika- und Tonträgerbesprechungen, aktuelle Nachrichten und Veranstaltungshinweise bzw. -berichte auf medialer Ebene zu fördern. Die Initiative Minderheiten (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten) ist Mitglied der Bürgerinitiative Demokratisch Leben (Medieninhaberin) und Herausgeberin der Zeitschrift. Die Finanzierung der Zeitschrift erfolgt durch öffentliche Subventionen, Mitgliederbeiträge, Abonnements und freiwillige Spenden. Die Adressen der Medieninhaberin und der Herausgeberin sind im Impressum angeführt.

exil-Literaturpreise 2018

Schon 1997 initiierte der Wiener **Verein exil** den gleichnamigen Literaturpreis unter dem Motto „Schreiben zwischen den Kulturen“. Das Ziel ist die Förderung der Literatur von Autor_innen, die aus einer anderen Kultur und Erstsprache kommen und in deutscher Sprache schreiben.

Neben Prosa- und Lyrikpreisen vergibt der Verein auch einen Preis für Autor_innen mit Deutsch als Erstsprache, einen Preis für Schulklassen, den exil-Jugend-Literaturpreis und – neu im Jahr 2018 – den exil-Dramatiker_innenpreis.

Teilnahmeberechtigt für Prosa- und Lyrikeinreichungen sind Personen, die seit mindestens einem halben Jahr in Österreich leben und in Deutsch schreiben.

In Kooperation mit den Wiener Wortstätten und dem Verein Kulturzentrum Spittelberg, gefördert von: MA7/Wien Kultur, Bundeskanzleramt:Österreich und Wien7, Neubau.

Einsendeschluss: 30. April 2018.

Für detaillierte Informationen:
<http://www.zentrumexil.at>

Wer bestimmt österreichische Werte?

Seit Oktober 2017 lernen nach Österreich zugewanderte Drittstaatsangehörige fleißig österreichische Werte auswendig.

Das neue Integrationsgesetz verlangt von Drittstaatsangehörigen nun nicht mehr nur eine anerkannte Deutschprüfung als Voraussetzung für einen Aufenthaltstitel in Österreich, sondern auch eine „Werteproofung“, beides zusammen im Paket vom Gesetzgeber als „Integrationsprüfung“ bezeichnet.

Betroffen sind nicht nur Drittstaatsangehörige, sondern auch die Unterrichtenden. Letztere kritisieren das neue Gesetz stark und wollen sich vom ÖIF (Österreichischer Integrationsfonds), der für die Erstellung der Integrationsprüfung zuständig ist, die zu vermittelnden „Werte“ nicht vor-schreiben lassen. Als Kursleiter_innen der IG DaZ-DaF-Basisbildung beim ÖIF-Wertesymposium im vergangenen Oktober Kritik übten und ihren Unmut äußerten, rief der ÖIF die Polizei.

Die Deutschlehrenden sprechen dem ÖIF das Recht ab, zu bestimmen, was denn österreichische Werte überhaupt seien. Die Lernunterlagen des ÖIF wie auch der Fragenkatalog für den Werteteil der Integrationsprüfung seien außerdem inferiorisierend, zum Teil implizit rassistisch. Migrant_innen würden einem Generalverdacht unterstellt, sie würden nur in das österreichische Sozialsystem einwandern wollen.

Das Netzwerk Sprachenrechte, dem namhafte Expert_innen aus der Wissenschaft und der Praxis angehören, kritisiert die Werteproofungen ebenfalls.

Auf seiner Webseite wird eine Migrantin nach dem Besuch eines ÖIF-Wertekurses zitiert:

„You think we live in tents, do you?!“

Für weitere Informationen:
<https://gdazdafbasisbildung.noblogs.org/>

www.sprachenrechte.at/

<https://sprachportal.integrationsfonds.at/>

Roma-Holocaust-Education



Foto: Milil Kaufmann

In Erinnerung an **Ceija Stojka** – Romni, Künstlerin und Auschwitzüberlebende – bietet der **Verein exil** in Kooperation mit dem Verein Kulturzentrum Spittelberg Workshops für Schulklassen ab der 8. Schulstufe zum Thema nationalsozialistische Verfolgung der Roma an.

Im Rahmen der Workshops findet unter anderem eine Lesung mit Ausschnitten aus dem Leben Stojkas statt – exemplarisch für die Verfolgungsgeschichte der Roma. Im Gesprächsteil werden geschichtliche Zusammenhänge und der Verweis auf die prekäre Gegenwart der Roma angesprochen.

Eine Musik-Text-Werkstatt unter der Leitung von **Andreas Holleschek**, in

der Songs gegen Rassismus erarbeitet und vorgetragen werden, ist ebenso Teil der Workshops.

Termine:
23. April.,
4., 7., 14., 23. und 28. Mai und
11. Juni 2018,
jeweils 10 bis 13 Uhr.

Für Herbsttermine siehe:
www.editionexil.at

Ort: **Amerlinghaus**
Stiftgasse 8, 1070 Wien

Terminreservierung:
0699 1234465
verein.exil@inode.at

ore 11. es

DIVERSITY BALL

presented by T-Mobile

YOUR TIME IS NOW

5. Mai 2018

KURSALON WIEN
20.00 UHR

www.diversityball.at

facebook instagram /diversityball twitter @diversityball

DIVERSITY BALL
by equalizant

Im Achter-Jahr 2018 erinnern wir uns an die Ausrufung der Republik Österreich und an die Einführung des Wahlrechts für Frauen (1918), an die Student_innenbewegung (1968) und an die Verhinderung der Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Zwentendorf (1978). Und vor allem erinnern wir uns an den „Anschluss“ Österreichs an das nationalsozialistische Deutschland sowie die März- und Novembert Pogrome. Wir erinnern, trauern, feiern, forschen, stellen die historischen Ereignisse neu dar oder stellen sie aus.

Das erste Stimme-Heft dieses bedeutungsvollen Jahres widmen wir dem Gedenken an die nationalsozialistische Vergangenheit Österreichs.

Das achtzigste Jahr des kollektiven Jubels um Adolf Hitler am Wiener Heldenplatz ist von antisemitischen „Einzelfällen“ überschattet, in die Politiker_innen und Funktionär_innen der kleineren Regierungspartei verstrickt sind.

Unweigerlich erinnern wir uns an ein anderes Gedenkjahr: 1988 war Kurt Waldheim seit zwei Jahren Bundespräsident der Republik Österreich. Der vorangegangene Wahlkampf war von heftigen Debatten um seine nationalsozialistische Kriegsvorgeschichte und sein Schweigen darüber geprägt. Die Wahl hatte er trotzdem für sich entschieden – nicht zuletzt dank den gezielt geschürten antisemitischen Ressentiments, etwa den Kampagnen-Slogans: „Jetzt erst recht“ und „Wir Österreicher wählen, wen wir wollen!“, jeweils plakatiert auf grellgelbem Hintergrund – ein antisemitisches Motiv.

Die Affäre Waldheim führte zu einer verstärkten Auseinandersetzung des offiziellen Österreich mit der NS-Zeit. Zum ersten Mal wurde in der Öffentlichkeit über diese – noch sehr nahe – Vergangenheit diskutiert. Die Opferthese brach als Geschichtslüge in sich zusammen. 1993 bat Bundeskanzler Franz Vranitzky in seiner Rede an der Hebräischen Universität Jerusalem die Opfer der österreichischen Täter im Namen der Republik um Verzeihung. In den folgenden Jahren wurden Entschuldigungsansprüche von NS-Opfern anerkannt.

Ein böser Zufall, dass die höheren Ämter der Republik ausgerechnet in Gedenkjahren mit politisch äußerst bedenklichen Personen besetzt sind? Und warum findet 2018 die größere Regierungspartei keine klaren Worte über rassistische und antisemitische Verstrickungen mehrerer Mitglieder ihrer Koalitionspartei?

Unsere Autor_innen gehen unter anderem der Frage nach, wer warum wessen gedenkt, und stellen verschiedene Gedenkformen dar. So viel sei vorweggenommen: Ein gemeinsames Gedenken an alle Opfer des Nationalsozialismus scheint noch nicht möglich zu sein.

Der Historiker **Peter Pirker** analysierte im Rahmen eines Forschungsprojektes die Erinnerungszeichen zum Thema Nationalsozialismus in Wien. Das Gedenken galt lange Zeit fast ausschließlich Wehrmachtssoldaten oder Widerstandskämpfer_innen nicht den verfolgten Opfern des Nationalsozialismus.

Angelika Hirsch aus dem Psychosozialen Zentrum ESRA befasst sich mit der Geschichte des im November 1938 zerstörten „Großen Leopoldstädter Tempels“, an dessen Stelle im November 2018 eine große Gedenkveranstaltung stattfinden wird.

Wie gedenken, wenn kein Grabstein an die ermordeten Liebsten erinnert? Seit 2005 ermöglicht der Verein „Steine der Erinnerung“, dem Gedenken einen realen Ort zu geben. **Daliah Hindler**, Generalsekretärin und **Matthias Beier**, technischer Koordinator des Vereins, zeichnen den Prozess der Steinsetzung nach.

Gerd Valchars sprach mit **Claudia Prutscher**, Vizepräsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, über ihre Erwartungen an ein offizielles Gedenken und über die Unmöglichkeit eines gemeinsamen Gedenkens mit der ÖVP/FPÖ-Regierung.

Der Beitrag der Historikerin **Elisa Heinrich** bietet einen Überblick über die (erinnerungs-)politischen Auseinandersetzungen um die Opfergruppe der in der NS-Zeit als homosexuell verfolgten Personen.

Die Kurator_innen der Ausstellung „Die Stadt ohne“ haben einen umstrittenen Vergleich gewagt, indem sie das Wort „Juden“ im Titel der filmischen Vorlage mit „Muslime Flüchtlinge Ausländer“ ergänzt haben. **Petra M. Springer** hat mit der Historikerin und Co-Kuratorin **Barbara Staudinger** gesprochen.

Ein frühes Gedenken: Schon 1946 fand in Klagenfurt/Celovec ein Gedenkmarsch statt. **Vida Bakondy** hat für die *Spurensicherung* die Hintergründe und Folgen recherchiert.

Volker Schönwiese, Mitbegründer der Selbstbestimmt-Leben-Bewegung in Österreich, spannt einen Bogen vom Beginn der Behindertenbewegung in der Zwischenkriegszeit über die Zeit des Nationalsozialismus bis heute. Von Ergebnissen einer Medienanalyse zur Berichterstattung über Menschen mit Behinderung berichtet schließlich die Sozialwissenschaftlerin **Petra Flieger**.

In einer eigenen Fotostrecke zeigen wir Fotografien leerer jüdischer Wohnungen von **Robert Haas**, aufgenommen zwischen 1937 und 1939 [© Wien Museum, Nachlass Haas].

In eigener Sache:

In diesem Heft werden Sie kein einziges Inserat finden. Das bedeutet, dass die Frühjahrsausgabe der **Stimme** nicht ausfinanziert ist. Wir befürchten das Ausbleiben der Inserate auch in den kommenden Ausgaben und sind daher mehr denn je auf Sie – als zahlende Abonnent_innen – angewiesen.

Das Jahresabo kostet nur 20 Euro. Bitte abonnieren Sie die **Stimme** / schenken Sie ein **Stimme**-Abo / empfehlen Sie uns weiter.

Hakan Gürses, ehemaliger Chefredakteur der **Stimme**, Autor der *Stimmfrage* und Vorstandsmitglied der **Initiative Minderheiten**, hat am 20. März 2018 das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien erhalten. Lieber Hakan, wir und deine „Liebenswerte, aber reservierte“ Stadt sind sehr stolz auf dich. Herzliche Gratulation!



Von Göttern und der „Endstation Demokratie“

„Gäbe es ein Volk von Göttern, so würde es sich demokratisch regieren. Eine so vollkommene Regierung passt für Menschen nicht.“

Diese Worte schreibt Jean-Jacques Rousseau in seinem *Gesellschaftsvertrag*. Die Aussage des Philosophen klingt reichlich seltsam: Er scheint uns sagen zu wollen, Demokratie sei für die Menschen ein Luxus, wir verdienen sie erst gar nicht – als wären die Konzeption dieses politischen Systems und deren – zugegebenermaßen dürftige – Umsetzung kein menschliches Werk, sondern göttliche Offenbarung. Ich hätte diese vielzitierte Textstelle ohne Weiteres auf den durchaus widersprüchlichen Lebenskontext Rousseaus zurückgeführt, wäre nicht dieselbe Meinung in heutigen „westlichen“ Demokratien derlei verbreitet.

Die Demokratie gegen autoritäre, totalitäre, oppressive Herrschaftsformen verteidigen zu wollen, ist gewiss eine notwendige politische Einstellung. Sie als moralische Tugend oder als Anleitung zum richtigen menschlichen Leben zu lobpreisen, gemahnt allerdings an die Erzählform eines Märchens oder einer Legende. Es wäre fatal zu vergessen, dass Demokratie eine Gestalt des Staates und eine Herrschaftsform ist. Der wohl wichtigste Grund für die Überhöhung der Demokratie liegt in dem gegenwärtig besonders schlechten Image der Politik. Ich schlug in meiner letzten Kolumne vor, in einer Straßenbefragung die „Normalsterblichen“ – nach deren wohl gegensätzlicher *Bewertung* von Politik und Demokratie – nun mal erzählen zu lassen, was sie alles für Demokratie hielten. Ich bin zuversichtlich, es käme eine erstaunliche Liste heraus.

Seit einigen Jahren habe ich mir angewöhnt, Definitionen, Namen und Adjektive, die ich in meinen privaten wie beruflichen Plaudereien höre und die der Demokratie angedichtet werden, in ein Büchlein zu notieren. Folgende Wörter befinden sich u. a. in der „Schatzkiste“: Meinungsfreiheit, rechtliche Gleichheit, Menschenrechte, Rechtsstaat, Wahlen, Gewaltentrennung, ein (europäischer) Wert, Solidarität, Lebensform, der Gegensatz zur Diktatur / zum Autoritarismus / zum Totalitarismus, Geschlechtergleichheit, Abschaffung von Hierarchie, Toleranz, Fairness, Chancenvielfalt, Autonomie, Akzeptanz von Differenzen ... Nur Gott ist gütiger und gnädiger als Demokratie, möchte man angesichts dieser Liste nachgerade pietätlos ausrufen.

Wenn die politische Ordnung *Demokratie* paradoxerweise derart „entpolitisiert“ wird, sind auch problematische

Konsequenzen nicht weit entfernt. Die Überhöhung der Demokratie zu Ungunsten der Politik erleichtert etwa das Eintreten einer (folgenreichen) Enttäuschung und einer „Politikverdrossenheit“. Somit distanzieren sich Bürger_innen von der „politischen Form“ der Demokratie, statt sich ihr zu nähern. Die Politikvergessenheit lässt uns auch jene Möglichkeiten der Veränderung vergessen, die das Politische bietet, so auch die Wahrscheinlichkeit, dass Demokratie keine „Endstation“ in der Menschheitsgeschichte darstellen muss. Eine weitere Gefahr liegt darin, dass das ausschließlich positive, entpolitisierte Verständnis von Demokratie das Verstehen von jenen neuen autoritären Systemen erschwert, die durch „charismatische Führer“ wie Putin, Orbán oder Erdoğan zusammengezimmert wurden. Denn diese Regime, die wir als „repräsentative Diktaturen“ bezeichnen könnten, entstehen nicht als Gegensatz der Demokratie, sondern als deren – wenn auch eher kontingente – Folge.

Der Begriff *Politik*, der heute in vielen Bürger_innen „westlicher“ Demokratien negative Assoziationen hervorruft, hängt mit bestimmten politischen Praktiken und Ideen zusammen, die als starr, ideologisch verknöchert, korrupt, autoritär und dogmatisch wahrgenommen werden. In diesem Sinne hat Politik tatsächlich nichts von einer *Natalität* – eines „Neuanfangen-Könnens“ – an sich, die etwa für die Philosophin Hannah Arendt eine der wichtigsten Triebfedern des Politischen ausmachte. In ihren oft erprobten Formen verweist die Politik nicht auf Anfänge, auf keine neuen Wege der politischen Gestaltung, sie schärft uns im Gegenteil ein, dass es erforderlich sei, stets nur die vielfach betretenen Pfade zu beschreiten. Indem sie uns solche „todsicheren“ Pfade anbietet, tötet die Politik – wenn das politiktheoretische Wortspiel erlaubt ist – das Politische. Das bedeutet zudem die Einschränkung von Freiheit und Autonomie.

Demokratie ist – verstanden als ethische Norm, gute Lebensführung oder moralische Tugend – eine solche „tote“ Endform des Politischen, aber sie bildet mitnichten die letzte Station der Geschichte. Zugleich lässt die Notwendigkeit, Demokratie – verstanden als Herrschaftsform und politische Ordnung – gegen ihre immer manifest werdende Bedrohung durch autoritär-etatistische, repräsentativ-diktatorische Tendenzen zu verteidigen, keine weitere Diskussion zu.

Die Bedrohung der Demokratie ist abzuwehren, genauso wie ihre Überhöhung. Da wie dort kommt es darauf an, das Politische aus der Sandgrube der „Endstation Demokratie“ zu befreien.

80 Jahre „Anschluss“ und Pogrome

Gedenken



Zweierlei Opfer

Keine Diskussion über den Umgang Österreichs mit dem Nationalsozialismus kommt ohne die Opferthese aus. Sie besagt, dass Österreich und die ÖsterreicherInnen Opfer Nazi-Deutschlands waren. Vor 30 Jahren wurde sie im Zuge der Waldheim-Affäre als Mythos und Lebenslüge entlarvt. Eine genaue Analyse der Erinnerungskultur kann jedoch zeigen, dass die Opferthese kaum Eingang in die Erinnerungskultur gefunden hat. Dominant war das Gedenken an die Aufopferung, sei es jene von WiderstandskämpferInnen, sei es jene der Wehrmachtssoldaten. Erst in den vergangenen 15 Jahren holten Erinnerungsinitiativen die Opfer des Nationalsozialismus in den öffentlichen Raum.



Die Diskussionen um die Opferthese krankten an einem undifferenzierten Opferbegriff. Selten wird jene Unterscheidung getroffen, die im Englischen gang und gäbe ist: zwischen einem passiven „zum Opfer fallen“ (to fall victim) und einem aktiven „aufopfern“ (to sacrifice). Bereits in der Moskauer Deklaration der Alliierten über die Wiederrichtung Österreichs vom November 1943 sind beide Bedeutungen enthalten. Primär wurde Österreich als erstes freies Land bezeichnet, das Hitler zum Opfer gefallen war, befreit und wiedererrichtet werden sollte. Außerdem wurde Österreich daran erinnert, „für die Teilnahme am Kriege an der Seite Hitler-Deutschlands“ eine Verantwortung zu tragen und aufgefordert, einen Beitrag zur Befreiung zu leisten, also Opfer zu erbringen.

In der Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945 nahmen die drei Staatsgründungsparteien ÖVP, SPÖ und KPÖ den Eingangspassus der Moskauer Deklaration auf und legten ihn auf die Bevölkerung um. Dringlichstes Anliegen der drei Parteien war es, die „Teilnahme am Krieg“ als erzwungen und die österreichischen Wehrmachtssoldaten als passive Opfer, gewissermaßen als Kriegssklaven der Deutschen, darzustellen. Zugleich wurde aber auch der Widerstand nicht betont, sondern vielmehr um Nachsicht gebeten, dass der eigene Beitrag zur Befreiung (die Aufopferung) nur gering ausfallen konnte.

Die Unabhängigkeitserklärung ist jenes Dokument, in dem die österreichische Opferthese in reinster Form enthalten ist. Ihr außenpoliti-

scher Zweck war es, den Willen zur radikalen Abgrenzung und Lossage von Deutschland auszudrücken. Mit dieser negativen Abgrenzung entsprach die provisorische Regierung jenem Paradigmenwechsel, den die Alliierten gegenüber 1938, als sie den „Anschluss“ de facto anerkannten, vollzogen hatten. Aber erlangte die Opferthese auch eine gesellschaftliche Bedeutung?

Eine Möglichkeit, diese Frage zu beantworten, ist die Analyse von Erinnerungszeichen im öffentlichen und teilöffentlichen Raum. Wir haben im Rahmen des Forschungsprojektes „Politics of Remembrance and the Transition of Public Spaces“^[1] 1.650 Erinnerungszeichen untersucht, die

^[1] <http://porem.univie.ac.at>

zwischen 1945 und 2015 in Wien errichtet wurden. Nimmt man den „Anschluss“ als den zentralen historischen Bezugspunkt der Opferthese, ist das Ergebnis eindeutig: Die Machtübernahme der Nationalsozialisten im März 1938 ist kein im öffentlichen Raum häufig erinnertes Ereignis der österreichischen Geschichte. In einer Klassifikation von insgesamt neun NS-Themen macht das Thema „Anschluss“ nur 3,3 Prozent aus – in den ersten zehn Nachkriegsjahren thematisierten nur zwei von 135 Erinnerungszeichen den März 1938.

Warum? Zu erklären ist dies nicht nur mit dem Widerspruch zwischen Opferthese und den bekannten Jubelbildern zum „Anschluss“, sondern ganz generell mit den vorherrschenden Strukturen öffentlichen Erinnerns von Nationalstaaten. Mitte des 20. Jahrhunderts war mit dem negativen Opfer keine Nation zu machen. Benedikt Anderson und Ernest Renan haben darauf hingewiesen: Das sinnvolle Sterben für die Nation (oder auch für die Klasse, die Kommune etc.) wurde seit dem 19. Jahrhundert als erinnerungswürdig und traditionsbildend erachtet. Es verwundert deshalb auch nicht, dass sich gegen die universelle Viktimisierung, wie sie in der Unabhängigkeitserklärung formuliert wurde und wie sie 1945/46 in Politikerreden noch zu finden ist, sowohl die Minderheit der WiderstandskämpferInnen als auch die Mehrheit der Wehrmachtssoldaten auflehnten. Niemand aus diesen beiden Segmenten wollte ein wehrloses Opfer gewesen sein, alle wollten für etwas, wenn auch Unterschiedliches, gelitten haben. Stärke, Entschlossenheit, Mut, Kampf bis zur Selbstaufgabe: Das wurde zunächst auf den Denkmälern des Widerstandes (für die Freiheit, für Österreich), dann auf jenen der Pflichterfüllung in der Wehrmacht (für die Heimat, für das Vaterland) erinnert – in ausgeprägter Konkurrenz zueinander, aber doch im selben semantischen Rahmen des für den Staat bewusst hingebenen Lebens. Entsprechend hat der Staat die Opferthese zwar vertreten, aber nicht memorialisiert.

Häufig wurde das Soldatengedenken als populäres Gegengedächtnis zur staatsoffiziellen Opferthese bezeichnet. Das stimmt nur bedingt. Denn mit der Souveränität im Jahr 1955 kam es zu einer partiellen Abwendung des Staates von der Opferthese. Mit der Wiederaufstellung des Bundesheeres vollzog die Bundesregierung (angetrieben von der ÖVP) auf der nationalen Ebene, was auf lokaler und gesellschaftlicher Ebene schon längst im Gange war: die positive Anerkennung der Pflichterfüllung der Wehrmachtssoldaten. Als zentrales Symbol dafür kann die Wiedereröffnung des Helden Denkmals als staatlicher Gedenkort im November 1955 gelten. Unter dem Austrofaschismus errichtet, von den Nationalsozialisten genutzt und den Veteranenverbänden weiterverwendet, erhob ÖVP-Verteidigungsminister Ferdinand Graf die Pflichterfüllung an diesem Ort zum Angelpunkt soldatischer Ehre, die auch für den Dienst in der Wehrmacht galt.

Als sich Protest von Widerstandskämpfern regte, wurde 1959 bzw. 1965 auch das Sterben für die Freiheit Österreichs in den KZs und Gefängnissen der Nationalsozialisten in das HeldenDenkmal integriert. Die beiden Varianten der Aufopferung bildeten die Säulen einer nationalen, von oben befriedeten Erinnerungskultur. Bekanntlich wurde dieser Ort, der vom Verteidigungsministerium fälschlicherweise auch als „Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus“ bezeichnet wird, erst vor wenigen Jahren seiner faschistischen und nationalsozialistischen Elemente entledigt, nachdem unter anderem der heutige Vizekanzler im Verein mit deutschnationalen Burschenschafnern dort den 8. Mai als Tag der Trauer begangen hatte. Man wird sehen, wie der 8. Mai am Heldenplatz heuer inszeniert wird.

Opfer waren bis in die 1980er Jahre aus der nationalen Erinnerungskultur, insbesondere im öffentlichen Raum, exkludiert. Für jene, die von den Nazis aus antisemitischen, rassistischen, anderen als österreich-nationalen, homophoben Gründen politisch verfolgt worden sind, gab

es kaum Gedenkzeichen. Ihre Ermordung, die einzig und allein auf die Motive der Täter zurückging, zu erinnern, war – wie in anderen europäischen Staaten auch – für den Aufbau einer positiven nationalen Identität nicht zu gebrauchen. Diese Erinnerungsarchitektur wurde erst in den 1980er Jahren angefochten, als Angehörige der Opfer und Überlebende nach dem Schicksal der Opfer und damit automatisch nach den Motiven der Täter zu fragen begannen.

Doch auch in der neuen Erinnerungskultur, die sich den vergessenen Opfern widmete, fand der „Anschluss“ wenig Beachtung. Abgesehen vom „Mahnmal gegen Krieg und Faschismus“ war das Opfergedenken zum Jahr 1938 auf die Novemberpogrome gerichtet. Das zeichnete sich bereits 1988 ab, in dem Jahr mit den meisten Erinnerungszeichen seit 1949: Erstmals errichtete die Stadt Wien systematisch Gedenktafeln an Orten, wo die Nationalsozialisten Synagogen zerstört hatten.

In den 1990er Jahren wurde von den USA und auch von der europäischen Ebene her die kritische Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit und der Diskriminierung der „vergessenen“ Opfer zu einem politischen Postulat, das auf staatlicher Ebene bald in Bekenntnisse von Mitverantwortung und Mitschuld mündete. Anfang der 2000er Jahre hat die ÖVP dies mitgemacht, ohne an der nationalen Architektur der Aufopferung viel zu ändern. Seit die FPÖ auf die Regierung schielte, strebte auch sie danach, jene Mitverantwortungsformeln loszuwerden, die ihr bislang niemand abgenommen hat. Gegen solche Verrenkungen der Vergangenheitsbewältigung hat sich in den vergangenen Jahren ein kleinteiliges Erinnern an die Verfolgten und den Widerstand entwickelt, das, wiewohl vom Staat gefördert und manchmal politisch in Anspruch genommen, eine gewisse Resilienz aufweist: Vor einzelnen klingen alle Formeln hohl.

Peter Pirker ist Historiker und Politikwissenschaftler und forscht am Institut für Staatswissenschaft zur Geschichtspolitik in Europa.



Fotografien leerer jüdischer Wohnungen von Robert Haas 1937-1939, Wien Museum, Nachlass Haas

80 Jahre Novemberpogrom

Gedenken am Ort des einstigen Leopoldstädter Tempels,
1858–1938

Am 15. Juni 1858 wurde der „Große Leopoldstädter Tempel“ in der Tempelgasse eingeweiht, am 10. November 1938 wurde er innerhalb weniger Stunden vernichtet. Gleichzeitig mit der Zerstörung des physischen Bauwerkes und der Zerschlagung der Institutionen wurden die Menschen aus der Gesellschaft gedrängt, entrechtet, beraubt, vertrieben, deportiert, ermordet. Heute erinnert nichts mehr an das vielfältige religiöse und kulturelle jüdische Leben von einst. Das Psychosoziale Zentrum ESRA, das sich seit 1994 am Ort des ehemaligen Leopoldstädter Tempels befindet, möchte mit einer Reihe von Aktivitäten in diesem Jahr an den Tempel und die Menschen, die mit ihm verbunden waren, erinnern.



Modell des Tempels und der beiden Seitentrakte | © Bob Martens / Herbert Peter (Modell Andreas Schaukowitz)

Die Zeit nach der Revolution 1848 brachte auch der jüdischen Bevölkerung die bürgerliche Gleichberechtigung. 1852 wurde die Wiener jüdische Gemeinde endlich anerkannt. In der Folge kam es zu einem vermehrten Zuzug der jüdischen Bevölkerung aus den verschiedenen Teilen der Monarchie nach Wien.

Da der Wiener Stadttempel in der Seitenstettengasse zu klein geworden war, erteilte Kaiser Franz

Joseph I. 1854 die Genehmigung für den Bau einer zweiten Synagoge. Der renommierte Architekt Ludwig von Förster [1797–1863], der u. a. auch an der Planung der Wiener Ringstraße und des Arsenalts beteiligt war und die Große Synagoge in der Budapester Dohanystraße erbaute, wurde mit dem Entwurf beauftragt. Wegen der Beengtheit des Standortes musste Förster zu einem architektonischen Trick greifen, um einen „frei stehenden“ Tempel errichten zu können. Er umgab

die Synagoge mit zwei Innenhöfen und anschließenden Seitentrakten. Während der Stadttempel noch hinter einer unscheinbaren Hausfassade verborgen war, drückte der Leopoldstädter Tempel das gestiegene Selbstbewusstsein der jüdischen Gemeinde aus. Der imposante Bau bot über 3.700 Menschen Platz und war somit die größte Synagoge in ganz Österreich.

80 Jahre lang, von 1858 bis 1938, war dies ein Ort voller Leben. Hier beteten,

studierten, feierten und arbeiteten Menschen. Die beiden Seitentrakte beherbergten Wohnungen, Büros, Lehrsäle und Versammlungsräume. Zahlreiche kulturelle, wissenschaftliche und pädagogische Einrichtungen waren hier untergebracht, darunter etwa die Israelitisch-Theologische Lehranstalt, eine in ganz Europa angesehene Ausbildungsstätte für Rabbiner und jüdische Religionslehrer, das Archiv der Israelitischen Kultusgemeinde sowie deren Bibliothek, die wegen ihrer seltenen und kostbaren Bestände weltberühmt war.

In den Morgenstunden des 10. November 1938 wurde der Leopoldstädter Tempel – wie fast alle Synagogen und Bethäuser Wiens – durch den nationalsozialistischen Terror vernichtet. Die Feuerwehr verhinderte lediglich das Übergreifen des Feuers auf die Nachbargebäude. Vernichtet wurden auch die hier befindlichen Einrichtungen und Vereine, die großteils noch am 10. November von der Gestapo zwangsgeräumt und geplündert wurden. Die BewohnerInnen wurden aus ihren Wohnungen vertrieben, viele verhaftet. Die Bibliothek der Kultusgemeinde wurde versiegelt und einige Monate später in das Reichssicherheitshauptamt nach Berlin verschleppt. Zuvor hatten sich noch mehrere Institutionen um die „Übernahme“ der Bibliothek bemüht, darunter auch die Nationalbibliothek.

In den Jahren 1938–1945 war das Haus einer der letzten Orte, wo jüdische Kinder zumindest vorübergehend Zuflucht fanden. In den beiden Seitentrakten, die stehen geblieben waren, richtete die Israelitische Kultusgemeinde ein Kinderspital und ein Kinderheim ein.

Das Kinderspital war das einzige Spital, in dem jüdische Kinder behandelt werden durften. Im Kinderheim fanden Kinder Zuflucht, deren Eltern entweder bereits deportiert waren oder Zwangsarbeit verrichten mussten. Immer wieder wurden Kinder und ErzieherInnen aus dem Heim bzw. dem Spital abgeholt und in die Vernichtungslager deportiert. Über

den Alltag dieser jüdischen Kinder, ErzieherInnen, ÄrztInnen und Krankenschwestern, die mit dem Tod und der Trennung von Angehörigen, mit Hunger, Krankheit, Verfolgung und Ausgrenzung leben mussten und tagtäglich von Deportation bedroht waren, kann man in den Briefen von Mignon Langnas, einer der Krankenschwestern des Kinderspitals, nachlesen.^[1]

1945 begann die neukonstituierte Wiener Kultusgemeinde mit dem mühsamen Wiederaufbau des jüdischen Lebens. Vorrangig galt es, den Überlebenden und den Angehörigen der im Holocaust Ermordeten zu helfen. Viele der ehemaligen Institutionen, so auch die Israelitisch-Theologische Lehranstalt, blieben für immer geschlossen. Die einzigartige Bibliothek war unwiederbringlich vernichtet, die IKG erhielt nur einen Bruchteil der Bücher zurück.

Noch viele Jahre nach Kriegsende bot der Ort Tempelgasse ein Bild der Verwüstung und Leere. Die Trümmer des Tempels wurden erst 1951 endgültig entfernt. Danach wurde der Platz als Parkplatz verwendet. Heute steht auf einem Teil des Areals ein Wohnhaus, der Desider-Friedmann-Hof. 1998 übersiedelte das 1994 gegründete Psychosoziale Zentrum ESRA, das Überlebende der NS-Verfolgung und deren Familien betreut, in die Tempelgasse 5.

Vier weiße Säulen, entworfen vom Architekten Martin Kohlbauer im Originalmaßstab, weisen seit 1998 auf die Größe des einstigen Leopoldstädter Tempels hin.

Für den November 2018 plant ESRA eine Gedenkveranstaltung, zu der Überlebende der NS-Verfolgung und ihre Nachkommen, die Mehrheitsbevölkerung sowie SchülerInnen aus Wiener Schulen eingeladen werden sollen. Die Gestaltung dieser Veranstaltung erfolgt in Kooperation mit zahlreichen Organisationen wie der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, der Bezirksvertretung Leopoldstadt, dem Dokumentationsarchiv des ös-

terreichischen Widerstandes (DÖW), erinnern.at, dem Jewish Welcome Service, dem Mauthausenkomitee, dem Nationalfonds der Republik Österreich und dem ORF (Ö1). Gemeinsam soll an diesem Abend der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung in Österreich und der Zerstörung jüdischen Lebens gedacht werden.

In der Zeit vor und nach der Veranstaltung werden junge ZeithistorikerInnen des DÖW in der Tempelgasse ein Vermittlungsprogramm für Schulklassen anbieten.

Für den 80. Jahrestag des Novemberpogroms ist außerdem geplant, auf dem Vorplatz von ESRA die beeindruckende Fassade des Leopoldstädter Tempels mittels einer bedruckten Bauplane wiedererstehen zu lassen. Die Rekonstruktion der Fassade wird mit Unterstützung von Architekt Herbert Peter von der TU Wien, einem der Initiatoren des Projekts „Virtuelle Rekonstruktion von Wiener Synagogen“, durchgeführt. Die Pläne soll mehrere Wochen lang einen Eindruck des Tempels, seiner Größe und Präsenz im Stadtbild des 2. Bezirks vermitteln.

Bereits im Vorfeld hat ESRA verschiedene Aktivitäten gesetzt, die der verstärkten Wahrnehmung des Ortes Tempelgasse 3-5 als Erinnerungsort dienen sollen. So entstand am Zaun in der Tempelgasse ein Memorial mit Bild-Texttafeln aus Aluminium, die auf Englisch und Deutsch einen Überblick über die Geschichte des Tempels und einiger jener Institutionen geben, die sich bis 1938 an diesem Ort befanden.

Im Empfangsbereich von ESRA wird ein interaktiver Touchscreen Informationen zur Geschichte des Ortes bieten. Weiters wird ein Keramikmodell der Synagoge in einer Vitrine aufgestellt werden. Geplant ist auch, den Grundriss – einen „Fußabdruck“ – der Synagoge auf dem Boden des Vorplatzes und der Tempelgasse farbig darzustellen, um die eindrucksvollen Ausmaße des Leopoldstädter Tempels im öffentlichen Raum deutlich zu machen.

^[1] Mignon Langnas: Mignon. Tagebücher und Briefe einer jüdischen Krankenschwester in Wien 1938-1949. Wien 2010.

Angelika Hirsch ist Mitarbeiterin des Psychosozialen Zentrums ESRA.

Steine, die bewegen

Der Verein „Steine der Erinnerung“ setzt seit 2005 Gedenksteine für jüdische Wienerinnen und Wiener, die in den Jahren 1938 bis 1945 von den Nazis deportiert und ermordet worden sind, vor deren ehemaligen Wohnhäusern. Er erinnert auch an das jüdische Leben und an die reiche jüdische Kultur. Die Form, die gewählt wurde, sind im Pflaster eingelassene gravierte Messingplatten oder Wandtafeln an den Häusern.

... for those whose lives had been brutally cut short



Barbara Robinson (3. v. l.) und Nicola Stainton (2. v.r.), Urgroßenkelinnen von Flora Rosanes mit ihren Kindern und Enkelkindern | Foto: Ernst Fitzka.

Für viele Angehörige steht die Steinsetzung am Ende einer langen Auseinandersetzung mit dem Schicksal ihrer Lieben, die im Holocaust ermordet wurden. Die Steine werden für viele Familien zum symbolischen Grabstein und geben dem Gedenken einen realen Ort. Wir bemühen uns, einen würdigen Rahmen für die Einweihung der *Steine der Erinnerung* zu schaffen, bei dem die Angehörigen die Möglichkeit haben, auf ihre Weise zu gedenken. Die Eröffnungsfeiern finden im öffentlichen Raum statt. Wir laden Bezirkspolitiker_innen ein, die aus der ganzen Welt angereiste Angehörige wieder in Wien willkommen heißen.

Eine solche Eröffnung fand im September 2017 vor dem Gymnasium Wasagasse im 9. Wiener Gemeindebezirk statt. Die erste Station von insgesamt vier war die Hörlgasse 3. Vor ihrer Eröffnung lag ein langer Weg. Die Urenkelin Barbara Robinson aus Schottland hatte uns gebeten, ihrer Urgroßmutter Flora Rosanes zu gedenken. Immer wenn wir eine Anfrage für ein Haus erhalten,

recherchieren wir, ob in diesem Haus weitere Opfer gelebt haben.

In der Hörlgasse 3 stießen wir noch auf die Namen Alice und Bernhard Strassberg. Leider konnten wir nicht mehr Informationen über das Ehepaar Strassberg erlangen, als die Einträge in der Opferdatenbank des DÖW enthalten. Auch die Suche nach lebenden Angehörigen blieb zunächst ergebnislos. Als Verein sehen wir es als unsere Aufgabe, auch jener zu gedenken, die keine lebenden Verwandten haben. So fanden die beiden ebenfalls einen Platz auf der Wandtafel.

Die Hörlgasse 3 ist der Nebeneingang des Gymnasiums Wasagasse. Wir kontaktierten den Gymnasialdirektor Johannes Bauer, da wir immer bemüht sind, einen Kontakt zu den Hausbesitzer_innen herzustellen. Einerseits, um Bewusstsein für die Geschichte ihres Hauses zu schaffen, andererseits, um anzufragen, ob wir eine Wandtafel anbringen können, wie sie von manchen Angehörigen bevorzugt wird. Der Direktor unterstützte die Idee einer Wandtafel.

Das Gymnasium ist sehr engagiert in der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit des Hauses. In einem Schulprojekt wurde die Geschichte des Gymnasiums unter Anleitung der Haushistorikerin Renate Mercsanits mit den Schüler_innen aufgearbeitet. Viele Mitglieder des jüdischen Bürgertums besuchten vor 1938 das Wasagymnasium. Von 1938 bis 1945 befanden sich in dem Gebäude die Gauleitung von Niederdonau und Büros der NSDAP. Durch unsere Recherchen konnte ein weiteres, bisher unbekanntes Kapitel zur Geschichte des Hauses hinzugefügt werden, und zwar, dass das Schulgebäude auch Wohnungen beherbergt hatte.

Die Schule erklärte sich gerne bereit, bei der Eröffnungsfeier mitzuwirken. Auch Schüler_innen beteiligten sich. Frau Robinson gestaltete mit ihren Kindern eine Gedenkzeremonie für ihre Urgroßmutter. Die Familie trug gemeinsam ein Gedicht von Flora Rosanes vor, und Frau Robinson erzählte über ihre Urgroßeltern.



Flora Rosanes wurde 1868 als Flora Ehrenzweig geboren und lebte mit ihrem Mann und ihren zwei Kindern in der Hörlgasse 3. Sie war Schriftstellerin und Poetin und brachte drei pazifistische Gedichtbände heraus.^[1]

Ihr Mann Ignaz Rosanes war Direktor des K.k. Kronprinzessin-Stephanie Spitals in Wien Ottakring. Er stellte die erste Ärztin Österreichs, Gabriele Possanner, an und war ein Befürworter des Röntgenapparats. Er starb 1922.

Obwohl die meisten Mitglieder der Familie 1938 Visa beantragten, entschloss sich Flora, in Wien zu bleiben. Die Nazis zwangen sie, in eine Sammelwohnung in der Josefinengasse 4 zu ziehen, wo sie auf beengtem Raum mit vielen anderen Menschen leben musste, bis sie im Juli 1942 ins Ghetto Theresienstadt deportiert wurde. Unter schwierigsten Bedingungen überlebte sie bis zum Mai 1944. Sie wurde nach Auschwitz deportiert und ermordet.

Wie wichtig die Eröffnung der Wandtafel für die Familie war, drücken am besten diese Zeilen von Barbara Robinson aus: „I felt we were all taking part in fulfilling an important right of passage for those whose lives had been brutally cut short.“

Zwei Monate später erreichte uns das folgende E-Mail von Tony Grenville aus London: „Ich bin der Enkel von Bernhard Heinrich und Alice Strassberg, die vor ihrer Deportation nach Theresienstadt in der Hörlgasse im 9. Bezirk wohnhaft waren. Als ich vor Kurzem das Haus in der Hörlgasse besucht habe, war ich erstaunt und erfreut zu entdecken, dass eine Gedenktafel zum Andenken meiner Großeltern an der Fassade des Hauses angebracht worden ist.“

Er bot an, in der Schule über seine Großeltern und das Schicksal der Juden und Jüdinnen im Alsergrund zu sprechen. Frau Mercsanits aus dem Gymnasium nahm den Kontakt auf. Zum Jahrestag des „Anschlusses“ im März 2018 wird Tony Grenville die Schule besuchen.

Glänzende Steine statt dunkler Flecken

Unser Projekt hat zwei gleichwertige Aufgaben. Einerseits wollen wir Angehörigen von Opfern die Möglichkeit bieten, das ihnen und ihrer Familie angetane Unrecht ein Stück weit zu verarbeiten und ihnen einen Ort des Gedenkens geben. Andererseits möchten wir zur Vergangenheitsbewältigung der Stadt beitragen. In Wien erinnerte lange sehr wenig an das jüdische Leben. Erst ab den 1980er Jahren wurden große Denkmäler errichtet, die anonym aller Opfer gedachten. Diese boten wenig Bezugsmöglichkeiten zu den einzelnen Menschen und deren Schicksalen. Hier setzt unser Projekt an. Wir wollen die Menschen auf einer persönlichen Ebene ansprechen und dadurch Geschichte erfahrbar machen.

Das Projekt „Steine der Erinnerung“ wurde 2005 von der Initiatorin Elisabeth Ben David-Hindler, ihrem Partner Karl Jindrich, den Freunden Vally Steiner und Ernst Fitzka und der Schwägerin Zahava Hindler ins Leben gerufen. Elisabeth Ben David-Hindlers Onkel Efraim Levanon aus Israel hatte sie gebeten, eine Wandtafel im Gedenken an seine Eltern Armin und Margarethe Weisz an deren ehemaligem Wohnhaus anzubringen. Die Hausbesitzerin verweigerte ihr Einverständnis, und so wurden im Jahr 2005 die ersten *Steine der Erinnerung* vor dem Haus Porzellangasse 49A gesetzt und feierlich eröffnet.

Im Zuge der Erneuerung des Volkertplatzes im 2. Wiener Gemeindebezirk 2005 ergab sich die Möglichkeit, hier eine *Straße der Erinnerung* zu setzen – ein symbolischer Weg, der 84 Frauen, Männern und Kindern aus dem Volkertviertel gedenkt.

Das Projekt schlug Wellen. Nachdem sich viele Angehörige meldeten, entschloss sich Elisabeth Ben David-Hindler, das Projekt weiterzuführen. Es sollte jedoch nicht nur einzelner jüdischer Menschen gedacht werden, sondern auch des jüdischen Lebens.

So gedenken wir zahlreicher Vereine (z. B. Verein Esther für die Unterstützung armer jüdischer Bräute), Synagogen, Schulen, Waisenhäuser und vieler anderer Stätten des jüdischen Lebens. Mittlerweile gedenken wir auch Widerstandskämpfer_innen sowie Roma und Romnja.

Ein wichtiges Anliegen für uns ist die Verankerung der *Steine der Erinnerung* in der Wiener Bevölkerung. Von Anfang an haben sich viele Wiener_innen dem Verein verbunden gefühlt. Viele melden sich als ehrenamtliche Mitarbeiter_innen oder wollen Patenschaften für Menschen ohne Angehörige übernehmen. Auch Hausbewohner_innen und Hausbesitzer_innen initiieren Steine und Wandtafeln. Wir warten und reinigen die Steine regelmäßig. Bei unseren „Touren“ erfahren wir viel Zuspruch, und immer mehr Menschen pflegen die Steine in ihrer Umgebung selber.

Unser Projekt hat in den letzten zwölf Jahren zur Veränderung des öffentlichen Raums beigetragen. An 430 Stationen der Erinnerung in 15 Wiener Gemeindebezirken gedenken wir mehr als 1500 Menschen.

Es erreichen uns laufend neue Anfragen und wir setzen pro Jahr bis zu 40 neue Stationen. Besonders im 2. und 9. Bezirk sind die Steine mittlerweile Teil des Stadtbilds.

Wie die Gründerin des Vereins immer betonte: „Wir schreiben gemeinsam Geschichte von unten.“

Kontakt:
Verein Steine der Erinnerung
Neulinggasse 13/12
1030 Wien

info@steinedererinnerung.net
www.steinedererinnerung.net

Patenschaften für Personen ohne Angehörige kosten einmalig € 150,-.

Matthias Beier hat Internationale Entwicklung studiert und ist langjähriger Mitarbeiter und technischer Koordinator des Vereins.

Daliah Hindler hat Kultur- und Sozialanthropologie studiert. Nach dem Tod ihrer Mutter Elisabeth Ben David-Hindler hat sie den Verein übernommen und ist nun dessen Generalsekretärin.

^[1] Im Schatten des Völkerhasses. Kriegsstimmungsgedichte (1915), Wunden, Narben und rankende Rosen (1915), Lebensfeier (1917). Alle drei Gedichtbände befinden sich in der Österreichischen Nationalbibliothek und in der Universitätsbibliothek Wien.

„Wir gedenken ununterbrochen“

Claudia Prutscher ist seit November 2017 Vizepräsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG) Wien und seit 2015 Vorsitzende der Kulturkommission. Im Gespräch mit **Gerd Valchars** spricht sie über das Jahr 2018, die Bedeutung und die Verantwortung des Gedenkens, den Umgang der IKG Wien mit der Regierungspartei FPÖ und warum sie sich persönlich 2015 in der Flüchtlingshilfe engagiert hat.



Foto: Sabine Schwaighofer

[Das heurige Jahr 2018 gilt als Gedenk- und Erinnerungsjahr. Der sogenannte „Anschluss“ Österreichs im März 1938 aber auch die Novemberpogrome 1938 jähren sich zum 80. Mal ...](#)

... das Ende des Ersten Weltkriegs 1918, 70 Jahre Israel, die Staatsgründung 1948 ... Wir haben ein unbeschreibliches Jahr vor uns oder sind schon mitten drinnen.

[Welche Bedeutung haben solche Gedenk- und Erinnerungsjahre für Sie und für die jüdische Gemeinde?](#)

Natürlich stellt das Novemberpogrom für uns einen besonderen Anlass dar. Dazu sind heuer auch größere Veranstaltungen als sonst geplant. Auch die Jugendkommission wird sich einbringen, weil das ein Thema ist, das auch die Jugend beschäftigt. Wir gedenken ja eigentlich ununterbrochen. Weil diese Ereignisse in vielen Familien ohnehin ständig präsent sind – über die Familienmitglieder, die nicht mehr vorhanden sind und an die wir denken. Daher liegt es meiner Meinung nach eigentlich auch an der Mehrheitsgesellschaft, dieser Dinge zu gedenken, und nicht

an den Opfern und den Nachfahren der Opfer.

Es soll ein Gedenkjahr sein, aber es soll nicht nur ein trauriges Gedenken sein. Es soll auch ein fröhliches Gedenken sein, das es als Gegengewicht braucht. Dafür sind die 70 Jahre Israel ein sehr schönes Beispiel. Das ist für uns auf jeden Fall ein Ereignis, das wir entsprechend feiern wollen. Unser jährliches Festival der jüdischen Kultur wird Israel im Fokus haben und zwei Wochen lang israelische Künstler, Kunst und Geschichte präsentieren. Das wird etwas Positives sein, denn es wäre ja



Von der „Krüppelarbeitsgemeinschaft“ zur Selbstbestimmt-Leben-Bewegung. **Volker Schönwiese** über die Kämpfe von Menschen mit Behinderungen seit den 1920er Jahren.



auf Seite
23

furchtbar, wenn man die ganze Zeit nur im Negativen verweilen würde.

[Was können Gedenkjahre bewirken? Was erwarten Sie sich?](#)

Ich erwarte mir von einem Gedenkjahr, dass es das Bewusstsein für die Vergangenheit stärkt. Wir leben derzeit in einer durchaus heiklen Zeit. Und ich glaube, dass dieses Gedenken in der Mehrheitsgesellschaft zur Bewusstseins-schaffung beitragen kann.

[Österreich hat einen Beirat unter der Leitung des ehemaligen Bundespräsidenten Heinz Fischer zum Gedenk- und Jubiläumsjahr 2018 eingerichtet – ist die IKG in diese Arbeiten eingebunden?](#)

In diese Arbeit sind wir nicht direkt involviert. Das ist eine Sache des offiziellen Österreich, und ich finde das auch gut und richtig so. Es liegt ja, wie gesagt, hauptsächlich an der Mehrheitsgesellschaft, zu gedenken. Wir tun das ohnehin die ganze Zeit.

[Wie stellen Sie sich denn ein gelungenes und würdiges Erinnern und Gedenken des offiziellen Österreichs vor?](#)

Ein würdiges offizielles Gedenken stell ich mir so vor, dass man sich die Vergangenheit ganz genau ansieht, dass man ehrlich zu sich selbst ist und schaut, was wirklich gewesen ist und wie die Dinge heute liegen. Dass man sich überlegt, wo es notwendig ist, Geschichte aufzuarbeiten, Erinnerung in Ordnung zu bringen und Schlüsse für die Zukunft zu ziehen.

[Die IKG Wien hat im Jänner einstimmig beschlossen, dass sie auch weiterhin](#)

[zur FPÖ keinen Kontakt pflegen wird, auch wenn diese jetzt in der Regierung ist.](#)

Wir haben auf einen gültigen Beschluss aus dem Jahr 2000 zurückgegriffen, aber diesmal eine ausführlichere Begründung eingeschlossen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen, also von allen sieben Parteien im Kultusrat.

[Begründet wurde das unter anderem mit den engen Verbindungen zwischen der FPÖ und den Burschenschaften. Die aktuellen Ereignisse scheinen der IKG Wien recht zu geben.](#)

Natürlich. Die „täglichen Einzelfälle“ beweisen, dass diese Entscheidung richtig war. So lange die „Einzelfälle“ nicht aufhören, können wir nicht zur Tagesordnung übergehen. Meiner persönlichen Meinung nach sind wir das unseren Vorfahren einfach schuldig. Wir können nicht einfach drüber hinwegsehen und so tun, als wäre nichts gewesen. Uns erreichen viele Schreiben, auch aus Israel und von namhaften Persönlichkeiten, die uns in dieser Entscheidung bestätigen. Auch der European Jewish Congress, der World Jewish Congress, der Dachverband der französischen jüdischen Gemeinden und diverse amerikanische jüdische Organisationen erachten diesen Weg für richtig.

[Gab es auch Kritik?](#)

Natürlich gab es auch kritische Anmerkungen. Wir haben in der Gemeinde großen Zuzug, nicht jeder hat den gleichen historischen Hintergrund. Aber nach ausführlichen Gesprächen waren am Ende Orthodoxe und Säkulare, Linke und Kon-

servative, Aschkenasim und Sephardim einer Meinung. Sonst wäre der Beschluss nicht einstimmig erfolgt.

[Angesprochen auf seine Zusammenarbeit mit der FPÖ und die „täglichen Einzelfälle“ erklärte Bundeskanzler Kurz in einem Interview, die Grenzen, die nicht überschritten werden dürfen, seien das Strafrecht und das Verbotsgesetz. Sehen Sie das auch so?](#)

Das ist eine schwierige Frage. Rein rechtlich gesehen ist das natürlich so.

[Aber?](#)

Es gibt auch eine politische Verantwortung. Die deutschnationalen Burschenschafter haben gelernt, haarscharf am Verbotsgesetz vorbeizuschrammen. Da darf man ihnen doch keinen Persilschein für braune Umtriebe ausstellen. Übrigens hat die FPÖ immer wieder die Abschaffung des NS-Verbotsgesetzes gefordert.

[Was halten Sie von der FPÖ-Historikerkommission, kann ihre Arbeit ernst genommen werden?](#)

Dazu gibt es das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Das DÖW beschäftigt sich seit Jahrzehnten mit der Geschichte der FPÖ. Die Einschätzung des DÖW ist ernst zu nehmen, ich vertraue ihm mehr als der FPÖ-Kommission. Die Frage ist aber nicht nur, ob die Aufarbeitung der FPÖ aufrichtig gemeint ist – da bin ich skeptisch – sondern auch, welche Schlüsse die FPÖ aus der Aufarbeitung ziehen wird.

[Die IKG Wien wird heuer auch an keiner Gedenkveranstaltung teilnehmen, an der auch FPÖ-PolitikerInnen teilnehmen.](#)



Fotografien leerer jüdischer Wohnungen von Robert Haas 1937-1939, Wien Museum, Nachlass Haas

Wir können nicht einstimmig einen Beschluss fassen, dass wir mit FPÖ-Politikern keinen direkten Kontakt wünschen, und dann bei einer Veranstaltung neben ihnen sitzen. Wie soll das gehen? Das geht einfach nicht. Wie Sie gesehen haben, ist bei der Gedenkveranstaltung im Parlament ein Sessel neben einem FPÖ-Politiker frei geblieben, der für uns reserviert gewesen wäre.

Außerdem, noch einmal: Wir müssen nicht erst zu einer Gedenkveranstaltung gehen, um zu gedenken. Wir tun das ohnehin die ganze Zeit. Es liegt an der Mehrheitsgesellschaft und an der Regierung, das zu tun. Die Ereignisse ins Gedächtnis zu rufen. Nicht wir müssen ständig ermahnen oder ständig dahinter sein.

[Würden Sie sich erwarten, dass sich auch andere der IKG anschließen und den Gedenkveranstaltungen fernbleiben?](#)

Nein, das erwarte ich mir nicht. Aber ich erwarte mir von der Zivilgesellschaft, dass sie deutliche Zeichen setzt. Es freut mich, dass es Menschen gibt, die ihre Stimmen erheben und sich gegen die Normalisierung untragbarer politischer Zustände verwehren. Das sollte nicht aufhören.

[Sie haben sich privat in der Flüchtlingshilfe engagiert.](#)

Ich war in dieser sehr heiklen Zeit 2015 aktiv, als die Flüchtlingsströme vor der Tür standen. Meine Mutter musste mit fünf Jahren Wien verlassen, sie ist in Kuba großgeworden. Sie war zwei Jahre lang auf der Flucht, bis sie mit meiner Großmutter gelandet ist. Angewiesen auf Hilfe von fremden Menschen. Aus diesem Gefühl heraus war es für mich einfach eine menschliche Notwendigkeit zu helfen. Ich habe bei einer Gruppe im WUK mitgearbeitet und dort eine Notschlafstelle eingerichtet. Es war eine sensationelle Zeit, es hat so toll funktioniert, so viele Leute haben mitgeholfen und es war schön zu sehen, wie man miteinander tun kann. Später haben wir zu dritt einen Verein gegründet, Cardamon & Nelke, um geflohenen Künstlern die Möglichkeit zu geben, sich hier zu präsentieren und Fuß zu fassen.

[Für Sie scheint die Verknüpfung der eigenen und familiären Erfahrung selbstverständlich zu sein. Das gilt scheinbar nicht für alle Menschen. Das aktuelle Thema Flucht und Asyl wird oft völlig abgekoppelt von historischen Erfahrungen, von Holocaust und dem Zweiten Weltkrieg verhandelt. Wie kann das sein?](#)

Das Thema ist von der Politik und teilweise von den Medien aufgegriffen und benutzt worden, um Stimmen zu bekommen. Man hat auf die Unzufriedenheit mancher Menschen fokussiert und versucht, sie zu benutzen.

[Das selbe Österreich, dass heuer des Holocaust und seiner Opfer gedenkt, verschärft seit Jahren und zuletzt massiv seit 2015 seine Asylgesetzgebung – ein Widerspruch?](#)

Das ist eine gute Frage. Ich glaube, das sind zwei ganz unterschiedliche Sichtweisen. Zum einen glaubt die Regierung, eine gewisse Bevölkerungsgruppe bedienen zu müssen. Zum anderen ist der Rückblick auf die geschichtlichen Ereignisse ein wichtiger Beitrag, um das Bewusstsein zu schärfen. Ich glaube aber, man kann diese zwei Sachen nicht miteinander vergleichen. Man kann die Ereignisse des Holocaust nicht mit den verschärften Asylgesetzen vergleichen. Damals konnten die Juden nicht überall hingehen und waren nirgends sicher. Heute ist das etwas anders, ein Vergleich daher nicht richtig.

[Das ist natürlich richtig. Aber gibt es nicht Lehren, die aus der Geschichte gezogen hätten werden sollen, und eine entsprechende Verantwortung?](#)

Das ist eine sehr schwierige Frage für mich. Ich habe natürlich meine persönliche Sicht der Dinge, die sich nicht unbedingt mit der des offiziellen Österreichs deckt. Die Position der Regierungen zur Geschichte und Verantwortung wird von der Mehrheitsgesellschaft – den WählerInnen – mitbestimmt. Diese hat wiederum offensichtlich Ängste, denen es wohl zu begegnen gilt. Stattdessen werden aber Ängste geschürt und Gesetze verschärft.

[Sehen Sie es als Aufgabe der IKG Wien an, sich zu aktuellen Gesetzen wie zum Beispiel dem Asylgesetz kritisch zu Wort zu melden?](#)

Nein, das sehe ich nicht als eine Aufgabe der IKG.

[Immer weniger Menschen aus der Generation der ZeitzeugInnen, Opfer und TäterInnen leben heute noch. Wie verändert sich dadurch das Erinnern?](#)

Wir müssen versuchen, einen Zugang zu finden, um das Erinnern ohne erhobenen Zeigefinger lebendig zu halten. Denn niemand, der nicht aus der eigenen Familiengeschichte heraus betroffen ist, kann sich heute in die Situation hineinversetzen oder sich damit identifizieren.

Es gibt ein sehr schönes Projekt, das die Jugendkommission der IKG ins Leben gerufen hat. Im Rahmen von LIKRAT (Anm.: hebr. für „auf jemanden zugehen“) besuchen jüdische Schülerinnen und Schüler andere Schulen und sprechen über sich, das Judentum und über alle möglichen Dinge. Und unwillkürlich kommt immer auch das Thema Holocaust zur Sprache. Es ist ein großartiges Projekt und ein guter Zugang, um das Erinnern wachzuhalten und der Jugend auf Augenhöhe zu begegnen.

[Heuer jährt sich auch das Jahr 1988 zum 30. Mal – selbst Gedenkjahr und gleichzeitig auch Höhepunkt der Auseinandersetzungen Österreichs mit seiner eigenen Geschichtsverantwortung und um Waldheim. Sehen sie diese Debatte in Österreich als abgeschlossenen, gibt es einen unumkehrbaren Common Sense über die eigene Verantwortung?](#)

Offiziell gibt es ihn. Von einzelnen Personen wird er aber auch heute noch ständig hinterfragt. Es gibt noch Vieles, was im Hintergrund und im Untergrund lauert. Es liegt jetzt aber daran, sich auf die Jugend zu fokussieren, damit kann auf viele Dinge ein neuer Blick entstehen. Vielleicht überlebt es sich mit der neuen Generation.

Homosexuelle NS-Opfer anerkennen

Zu Entschädigung und Gedenken in Österreich nach 1945

In der NS-Zeit als homosexuell verfolgte Personen mussten in Österreich lange auf Anerkennung, Entschädigung und offizielle Gedenkakte warten. Das hat vor allem damit zu tun, dass Homosexualität auch nach 1945 ein Straftatbestand blieb und sich sowohl die rechtlichen als auch die gesellschaftlichen Bedingungen für Lesben und Schwule in der Zweiten Republik äußerst langsam verbesserten. Ein Überblick über die (erinnerungs-)politischen Auseinandersetzungen um diese Opfergruppe vor dem Hintergrund der späten Entkriminalisierung von Homosexualität im österreichischen Strafrecht und der auch nach 1945 andauernden gesellschaftlichen Marginalisierung.

Der in Österreich seit 1852 geltende § 129 Ib StG, der „Unzucht wider die Natur“ bestrafte, bezog sich auf Kontakte sowohl zwischen Männern als auch zwischen Frauen. Der entsprechende in Deutschland geltende § 175 RStGB bestrafte ausschließlich männliche „Unzucht“, dennoch blieb die Strafbarkeit von Männern und Frauen auch nach dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich aufrecht. Obwohl also auf dem Gebiet Österreichs während der NS-Zeit der rechtliche Rahmen für Strafverfolgung homosexueller Frauen gegeben war, war den Untersuchungen der Historikerin Claudia Schoppmann zufolge der Anteil lesbischer Frauen unter den Verurteilten eher gering. Gründe für die unterschiedliche Verfolgungspraxis haben zum einen mit den Räumlichkeiten zu tun, die Frauen und Männer zum Kennenlernen und als Treffpunkte nutzten: Männer trafen sich vermehrt an öffentlichen Orten, die von Gestapo und Kripo

stärker überwacht werden konnten, während Frauen einander etwa am gemeinsamen Arbeitsplatz, durch einen gemeinsamen Freundeskreis oder Inserate kennenlernten. Zum anderen betraf die antihomosexuelle NS-Politik Frauen und Männer auf unterschiedliche Weise: Im Großteil des Deutschen Reichs war ausschließlich männliche Homosexualität ein Strafdelikt – mit dem Rosa Winkel wurde eine eigene Haftkategorie in Konzentrationslagern geschaffen –, während lesbische Frauen vor allem von der Zerstörung ihrer Infrastruktur – Vereine, Zeitschriften, Treffpunkte – und generell von einem patriarchalen, heteronormativen gesellschaftlichen Klima betroffen waren. Heute ist unbestritten, dass lesbische Frauen in Konzentrationslagern interniert waren; meist wurden sie allerdings nicht explizit wegen ihrer Sexualität, sondern aufgrund anderer Kriterien – etwa als Jüdinnen oder Kriminelle – verfolgt.

Kontinuitäten statt Wiedergutmachung

Die Situation heimkehrender Rosa-Winkel-Häftlinge kann als mehrfach prekär beschrieben werden: Zum einen gab es eine klare Kontinuität in der Strafverfolgung, da der § 129 Ib auch über den Zusammenbruch des „Dritten Reichs“ hinaus Gültigkeit behielt, wenngleich die Rechtsprechung und das Strafmaß den Urteilen vor dem „Anschluss“ angepasst wurden. Die betroffenen Personen galten als vorbestraft, es konnte sogar auf die Verbüßung von Reststrafen aus den NS-Urteilen entschieden werden. Zum anderen galten sie nicht als NS-Opfer und hatten somit kein Recht auf eine soziale bzw. finanzielle Anerkennung der Verfolgung – das Opferfürsorgegesetz berücksichtigte die Gruppe der wegen Homosexualität verfolgten Personen nicht. Eine „Wiedergutmachung“ bzw. Entschädigung war damit ausgeschlossen

und wurde von Betroffenen auch selten eingefordert, da diese aufgrund der Rechtslage einer Selbstbezeichnung gleichkam.

1971 wurde im Zuge der Kleinen Strafrechtsreform das Verbot männlicher und weiblicher Homosexualität abgeschafft – eine völlige Entkriminalisierung erfolgte jedoch nicht. Das Totalverbot wurde in eine Jugendschutzbestimmung umgewandelt und durch drei weitere Bestimmungen ergänzt. Diese stellten nun gleichgeschlechtliche sexuelle Handlungen Erwachsener mit jungen Männern unter 18 Jahren sowie schwule Prostitution unter Strafe. Darüber hinaus wurde – jeweils beide Geschlechter betreffend – das „Werben“ für Homosexualität und der Zusammenschluss zu Vereinen und Interessensgemeinschaften verboten – eine Regelung, die übrigens bis 1996 galt. Die Einführung dieser Nachfolgeparagrafen zeigt deutlich, dass Homosexualität weiterhin als deviantes Phänomen klassifiziert wurde, das von juristischen Maßnahmen flankiert werden müsse.

Wenige Jahre nach der Kleinen Strafrechtsreform kamen erste politische Zusammenschlüsse von Schwulen und Lesben zustande. In Wien bildete sich mit der Gruppe „Coming Out“, die etwa zwischen 1976 und 1978/79 bestand, die wahrscheinlich erste politische Gruppe der Schwulen- und Lesbenbewegung Österreichs. Lesbische Frauen begannen sich seit der zweiten Hälfte der 1970er Jahre sowohl in Frauenbewegungs- als auch in schwul/lesbischen Bewegungszusammenhängen zu organisieren, unter anderem in der von Lesben und Schwulen gemeinsam auf den Weg gebrachten „Instandbesetzung“ der „Rosa Lila Villa“ 1982. Bereits 1980 wurde die „Homosexuellen Initiative“ (HOSI) Wien gegründet, in der sich seit 1981 auch lesbische Frauen engagierten und die als zentrale erinnerungspolitische Akteurin dieses Abschnitts bezeichnet werden kann. So versuchte die Initiative im Rahmen des Opferfürsorgegesetzes Entschädigungen für als homosexu-

ell verfolgte Personen zu erwirken oder half bei der Beantragung der Anrechnung von Haftzeiten auf Pensionszeiten. 1988 versuchte die HOSI – allerdings vergeblich –, sich mit den drei politischen Opferverbänden zu vernetzen, um eine Erweiterung des Opferfürsorgegesetzes auf Homosexuelle zu erreichen.

Am 9. Dezember 1984 wurde in der Gedenkstätte Mauthausen auf Initiative der HOSI ein Gedenkstein für die homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus enthüllt. Der winkelförmige Stein trägt die Aufschrift „Totgeschlagen – Totgeschwiegen. Den homosexuellen Opfern des Nationalsozialismus“ und verweist damit nicht nur auf die Verfolgung, sondern auch auf den Umstand der Verleugnung und das Fehlen der Erinnerung an die Verfolgung nach 1945. Der Gedenkstein, der den ersten Gedenkort seiner Art weltweit darstellte, war Modell für weitere Gedenksteine, die etwa 1985 in Neuengamme und 1991 in Sachsenhausen eingeweiht wurden.

Das Setzen des Gedenksteins in Mauthausen bedeutete allerdings nicht automatisch eine Anerkennung durch andere Opfergruppen: So stießen Aktionen von Vereinen und Gruppen aus schwulen oder lesbisch-schwulen Zusammenhängen, die bei Gedenkfeiern auftreten wollten, immer wieder auf Widerstand. Lesben- und Schwulenaktivist_innen zogen etwa bei der 40. Befreiungsfeier in der Gedenkstätte des ehemaligen KZ Mauthausen am 5. Mai 1985 und bei der Einweihung des „Denkmals gegen Krieg und Faschismus“ von Alfred Hrdlicka am 24. November 1988 auf dem Wiener Albertinaplatz die Ablehnung und den Widerstand anderer Teilnehmender bzw. der Exekutive auf sich.

Schritte zur Anerkennung

Mit dem Übergang in die 1990er Jahre zeichnete sich eine Veränderung im staatlichen Umgang mit Lesben

und Schwulen, auch auf erinnerungspolitischer Ebene, ab. Den Beginn der langsamen symbolischen wie materiellen Anerkennung in staatlich-öffentlichen Zusammenhängen machte die erste offizielle Erwähnung Homosexueller als NS-Opfer durch Bundeskanzler Franz Vranitzky in seiner Rede vor dem Nationalrat am 8. Juli 1991. Am 30. Juni 1995 wurde das Nationalfondsgesetz verabschiedet, das explizit auch wegen ihrer sexuellen Orientierung verfolgte Personen berücksichtigte und für Antragsteller_innen eine „Gestezahlung“ in Höhe von etwa 5000 Euro für erlittenes Unrecht durch das NS-Regime vorsah. Bei der zeitgleich stattfindenden Novellierung des Opferfürsorgegesetzes wurde die Erweiterung des Berechtigtenkreises auf Homosexuelle und als „asozial“ verfolgte allerdings nicht angenommen; dies geschah erst im Jahr 2005. Im Laufe der 1990er Jahre rückte auch die Forderung nach offiziellem Gedenken stärker in den Vordergrund. So nahmen nun auch hohe Ämter bekleidende Politiker_innen an Kranzniederlegungen vor dem Homosexuellen-Gedenkstein in Mauthausen teil.

Die Stadt Wien schrieb 2005 einen Wettbewerb für ein Denkmal am Morzinplatz aus, den das Projekt „Rosa Platz“ des Künstlers Hans Kuppelwieser für sich entscheiden konnte. Der Entwurf wurde jedoch – aus technischen Gründen, wie es hieß – nicht umgesetzt. Ab 2010 wurden insgesamt vier temporäre Installationen auf dem Morzinplatz, u. a. Jakob Lena Knebls Projekt „Schwule Sau“, und auf dem Gelände des Naschmarkts realisiert. Vergangenen Herbst kam wieder Bewegung in die Debatte um ein permanentes Mahnmal: Seit Oktober 2017 lädt die Wiener Antidiskriminierungsstelle (WAST) zu Diskussionsrunden ein, in denen Erwartungen an ein Gedenkzeichen diskutiert werden können.

Elisa Heinrich ist Universitätsassistentin (Prae Doc) am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien.

„Wir setzen nicht gleich, wir vergleichen“

Petra M. Springer im Gespräch mit der Historikerin Barbara Staudinger – Co-Kuratorin der Ausstellung „DIE STADT OHNE. Juden Muslime Flüchtlinge Ausländer“ im METRO Kinokulturhaus.

[Du hast gemeinsam mit Andreas Brunner und Hannes Sulzenbacher die Ausstellung „DIE STADT OHNE“ kuratiert. Kannst Du etwas zu den Hintergründen der Ausstellung sagen?](#)

2015 wurden in Paris fehlende Teile des Stummfilms „Die Stadt ohne Juden“ gefunden. Das Österreichische Filmarchiv übernahm das Material und sicherte durch eine sehr erfolgreiche Crowdfunding-Kampagne seine Umkopierung und Digitalisierung. „Die Stadt ohne Juden“ war das erste filmische Statement gegen den Antisemitismus. Heute, nach fast 100 Jahren, ist der Film angesichts des Aufstiegs der Rechten weltweit sowie der zunehmenden Ausgrenzung von bestimmten Personengruppen wieder hochaktuell. Parallel zur Weltpremiere der neuen Fassung zeigt das Filmarchiv anlässlich des Republikjubiläums auch die Ausstellung „DIE STADT OHNE“.

[Der Film stammt aus dem Jahr 1924. Kann er heute genauso gesehen werden wie damals?](#)

Weder den Film noch die gleichnamige Buchvorlage von Hugo Bettauer kann man heute so sehen wie damals, denn wir wissen, was nachher geschah. Deswegen nehmen wir den Film als das wahr, was er nie war und nie sein wollte: als Prophetie. Bettauer schrieb eine politische Satire, in der er den Antisemitismus künstlerisch verarbeitete. Der Film versuchte der Vorlage die Politik herauszunehmen, indem er unter anderem das Geschehen von Wien in den fiktiven Staat „Utopia“ verlegte. Trotzdem wurde die Botschaft verstanden, die Nationalsozialisten haben über den Film gewütet.

Heute haben wir den Filter der Shoah davor. Die Szenen etwa, in denen die Juden und Jüdinnen zum Zug strömen, rufen bei uns andere Bilder ab als 1924. Wir thematisieren in der Ausstellung diesen Filter. Der österreichisch-amerikanische Fotograf Robert Haas hat 1937 und 1938 Fotos von leeren Wohnungen gemacht, die Wiener jüdische Familien verlassen mussten – als Erinnerung für die ehemaligen Besitzer_innen. Diese Fotos aus seinem Nachlass ziehen sich durch die Ausstellung und erzählen davon, dass es die Stadt ohne Juden schon gab. Der Hauptteil der Ausstellung folgt zunächst dem Film. Am Anfang steht die Polarisierung, gefolgt von der Definition von Sündenböcken, bis zum Verlust jeglicher Empathie und zur Brutalisierung der Gesellschaft. Wir haben versucht, diesen Weg sowohl für die 1920er- und -30er Jahre, als auch für heute nachzuzeichnen. Wir zeigen sowohl die Entwicklung des politischen Antisemitismus damals, als auch den Hass heute. Es heißt ja immer wieder, man könne die Entwicklungen von heute mit den 1920er und -30er Jahren vergleichen. Da haben wir uns gedacht, dann tun wir das mal! Wir setzen nicht gleich, sondern wir vergleichen.

[Was wird in der Ausstellung gezeigt?](#)

Den Weg von der Polarisierung zum Ausschluss zeigen wir etwa mit Wahlplakaten der 1920er Jahre, in denen alle großen Parteien mit Antisemitismus werben und mit dem „Daham statt Islam“-Plakat der FPÖ aus dem Nationalratswahlkampf 2006. Zum Verlust der Empathie zeigen wir ein Biologiebuch aus der NS-Zeit mit ei-

ner Illustration über „minderwertiges Leben“ – eine Vorbereitung auf das Euthanasieprogramm. Der Sebastian Kurz-Sager im Zusammenhang mit der Grenzsicherung aus 2016, dass es ohne hässliche Bilder nicht gehen werde, steht für die Empathielosigkeit heute. Für den Antisemitismus heute steht unter anderem das Liederbuch der Burschenschaft Germania.

Der Vergleich hört aber mit dem endgültigen Ausschluss der Menschen auf. An diesem Punkt verlassen wir den Film und zeigen, was tatsächlich geschah: die Shoah.

Uns war es wichtig, wenige Objekte zu zeigen, die aber starke Geschichten erzählen: So zeigen wir etwa ein Bild von Heinz Geiringer – er ist gewissermaßen das österreichische Pendant zu Anne Frank. Wir zeigen die Deportationslisten der Israelitischen Kultusgemeinde, da sie die Dimension des Massenmordes am besten darstellen. Auch der Koffer, mit dem Sigmund Freud geflüchtet ist, ist ausgestellt. Es wird ein Interview mit Aba Lewit, einem Mauthausenüberlebenden, der einen Appell an die Menschlichkeit richtet, gezeigt.

Als Klammer zu Bettauer und der Frage, was er mit seiner Satire über Antisemitismus beabsichtigte und was das mit heute zu tun hat, schlagen wir einen letzten Bogen ins Heute, zur Containeraktion von Christoph Schlingensiefel im Jahr 2000. Schlingensiefels Aktion und Bettauers Buch sind gar nicht so weit voneinander entfernt, beide sind Satire, sind Formen politischer Kunst, zwischen denen fast ein Jahrhundert liegt. Das ist ein guter Abschluss für die Ausstellung und vielleicht eine Anregung für widerständische Kunst.

Der Kampf um die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen hat Geschichte

Die Bewegungsgeschichte von Menschen mit Behinderungen in Österreich ist bisher wenig beschrieben. Sie beginnt in der Zwischenkriegszeit und endet dort gewaltsam 1938. Ohne Wissen um diese Vorkriegsgeschichte beginnt Mitte der 1970er Jahre eine neue Entwicklung, die Selbstbestimmt-Leben-Bewegung entsteht.

Im und nach dem Ersten Weltkrieg organisierten sich Kriegsbeschädigte in einer mächtigen Bewegung: „Durch die große Not und durch den Druck der organisierten Interessen von den ‚beschädigten‘ Kriegsheimkehrern verfestigte sich die Auffassung schon während des Krieges, dass es Aufgabe des Staates sei, jene Menschen besonders zu unterstützen, deren Beeinträchtigung in der ‚Verteidigung des Vaterlandes‘ erworben und als etwas ‚Ehrenhaftes‘ angesehen wurde.“ (Wegscheider 2016)

Zwischenkriegszeit

Von der erreichten Kriegsopferversorgung waren „zivile“ Unfallopfer oder behinderte Personen ausgeschlossen. In der Folge gründeten diese die parteiunabhängige „Krüppelarbeitsgemeinschaft / Vereinigung der Körperbehinderten Österreichs“, einen Dachverband von behinderten Personen, die weiterhin der Armengesetzgebung von 1863 unterlagen. Der Verband forderte die Gleichstellung mit Kriegsgeschädigten, unter der zentralen Parole „Arbeit nicht Mitleid“ sollte menschwürdiges Wohnen und Arbeiten erreicht werden, ein eigenes Bundes-Leistungsgesetz sollte helfen, der Wohltätigkeits- und Mitleids-Falle zu entkommen.

In der politischen Konfrontation der 1920er und -30er Jahre, hatten die nur

von den Sozialdemokraten (kurz vor ihrem Verbot) im Nationalrat unterstützten Forderungen keine Chance. Die Krüppelarbeitsgemeinschaft gründete in einer typischen Selbsthilfereaktion aus Verzweiflung eine Reihe von selbstorganisierten Werkstätten und versuchte so Arbeit zu schaffen. Der praktische und politische Erfolg blieb mäßig, nach einem bestimmten Aufschwung in den 1920er Jahren dominierte im Selbsthilfeverband Enttäuschung. 1938 passte sich die Arbeitsgemeinschaft – ohne vorher eugenische oder nationale Ideen propagiert zu haben – widerstandslos den Nationalsozialisten an. In der letzten Nummer der eigenen Zeitschrift wurde dazu aufgerufen, für den „Anschluss“ zu stimmen. Damit ist das Jahr 1938 auch ein markanter Einbruch in der Geschichte der Behindertenbewegung.

Es folgte 1938 die Eingliederung der Krüppelarbeitsgemeinschaft in den

Reichsbund der Körperbehinderten (RBK) als Teil der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV). Aus dem Kampf um Arbeit wurde eine Pflicht auf Leistung und Arbeit für die „Volksgemeinschaft“, verbunden mit einem eugenisch motivierten Sterilisations-, Selektions- und Mordprogramm zur Auslöschung der weniger Leistungsfähigen, getreu der Vorgabe von Adolf Hitler, „In der Volksgemeinschaft hat nur der ein Recht zu leben, der bereit ist, für die Volksgemeinschaft zu arbeiten.“ (zit. nach Wegscheider 2016)

Wie die FunktionärInnen und viele Mitglieder der Krüppelarbeitsgemeinschaft im Weiteren agierten, wer unter welchen Bedingungen die Sterilisations- und Mordprogramme der Nationalsozialisten überlebt hat und welche Rolle diese Personen nach 1945 einnahmen, ist geschichtlich nicht aufgearbeitet. Allerdings ist sichtbar, dass



Mittellungsblatt der „Ersten österr. Krüppelarbeitsgemeinschaft“ / (Vereinigung der Körperbehinderten Österreichs) / Zeitschrift zur Wahrung der geistigen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Krüppel Österreichs von Geburt, durch Krankheit und Unfall ohne Rente

Logo der Zeitschrift „Der Krüppel“ (1927-1938) (Gesamtausgabe im Archiv zur Geschichte)

die Nachkriegs-Behindertenpolitik in Österreich nahtlos die Politik der Zwischenkriegszeit fortsetzte und die Selbsthilfebewegungen inhaltlich wieder an den Forderungen der Krüppelarbeitersgemeinschaft ansetzten, ohne diese zu nennen – die Tendenz des Schweigens, Verdrängens und Vergessens war allgemein und auf allen Seiten vorhanden. Die historischen Erfahrungen und das historische Wissen von Menschen mit Behinderungen ging verloren.

Ab 1945

Nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden neben der Neugründung bzw. Fortführung traditionsreicher Selbsthilfeverbände – wie Kriegsopferverband, Zivilinvalidenverband, Blindenverband, Gehörlosenverband – ab den 1970er Jahren im Rahmen der Neuen Sozialen Bewegungen an Menschenrechten und Selbstbestimmung orientierte Selbsthilfebewegungen. Sie wandten sich vom traditionellen Wohlfahrtsmodell ab, forderten umfassende Gleichstellung und protestierten gegen jede Art von Diskriminierung und Aussonderung.

Die Empörung über die Verweigerung von Lebens- und Menschenrechten für Menschen mit Behinderungen ist in der Österreichischen Zeitschrift LOS (1983–1992) nachzuvollziehen. In der ersten Nummer 1983 wurde formuliert: „Wir verstehen unsere Zeitschrift als einen Teil einer Bewegung gegen Aussonderung [...]. Wir hoffen, daß es uns gelin-

gen wird, Mißstände deutlich beim Namen zu nennen. Es ist das System selber, das radikal geändert gehört.“ Themen, die die Selbstbestimmt-Leben-Bewegung beschäftigten, zeigten Schwerpunktnummern von LOS wie: Hilflose Medizin, Krüppelbewegung, Absonderschule, Literatur, Arbeitswelt, Euthanasie und Faschismus in Österreich, Eltern am Wort, Behinderte Sexualität, Selbstbestimmt Leben, Medien und Öffentlichkeit, Leben ohne Privatheit oder Hungerstreik für Pflegegeld. (vgl. LOS-Gesamtausgabe im Archiv zur Geschichte).

Zentren für Selbstbestimmtes Leben

Den Mitgliedern der verschiedenen regionalen Gruppen der Selbstbestimmt-Leben-Bewegung, die sich überregional koordinierten, wurde bald klar, dass das Ziel, Kontrolle über das eigene Leben zu erhalten, nicht nur über politische Aktionen erreicht werden konnte. Die politischen Systeme der Sozial- und Behindertenpolitik reagierten trotz parlamentarischer und landespolitischer Initiativen oft nicht. Trotz mancher Erfolge wie der Durchsetzung des Bundespflegegesetzes erhielt sich das traditionelle System der Behindertenhilfe und übte sich politisch unterstützt in Selbsterhaltung und Institutionalisierung behinderter Menschen. Mehrere Gruppen gründeten in dieser verzweifelten Situation in den 1980er- und 1990er-Jahren – z. B. in Innsbruck, Linz und Wien – Selbsthilfeorganisationen,

ähnlich wie nach dem Ersten Weltkrieg Selbsthilfegruppen TrägerInnen von Werkstätten wurden. Die neu gegründeten Zentren für Selbstbestimmtes Leben (nach dem internationalem Vorbild der Centres for Independent Living – CIL, vgl. Miles-Paul 1992) boten als Selbsthilfeorganisationen Peer Counselling und Persönliche Assistenz statt Pflege und Betreuung an.

Diese Entwicklung war und ist aufgrund der verzweifelten Lebenslage vieler behinderter Menschen, der fehlenden politischen Durchsetzung von Deinstitutionalisierung und der fehlenden Achtung von Selbstbestimmung in den vorhandenen Einrichtungen der Behindertenhilfe nötig geworden. Die Frage ist offen, wieweit diese im Vergleich zum Gesamtsystem kleinen alternativen Organisationen das traditionelle System der Behindertenhilfe nur ergänzen und dazu unter dem Druck der öffentlichen Finanzierung und öffentlicher Vorgaben selbst Dynamiken der Institutionalisierung unterworfen werden. Sicher ist durch die Tätigkeit der internationalen Selbstbestimmt-Leben-Bewegung im Rahmen eines größeren gesellschaftlichen Wandels im Spätkapitalismus eine Reformdynamik in Gang gesetzt worden, deren Höhepunkt die Verabschiedung der UN-Behindertenrechtskonvention im Jahr 2006 war. Die diesbezüglichen Entwicklungen und Kämpfe dauern an.

Material | Literatur

Archiv zur Geschichte der Behindertenbewegung in Österreich, mit Dokumenten, Materialien und ZeitzeugInnen-Interviews zur Entstehung der Selbstbestimmt-Leben-Bewegung in Österreich unter: <http://bidok.uibk.ac.at/projekte/behindertenbewegung/index.html> (Stand: 2.3.2018)

Miles-Paul, Ottmar (1992): Wir sind nicht mehr aufzuhalten. Behinderte auf dem Weg zur Selbstbestimmung. Beratung von Behinderten durch Behinderte - Peer Support: Vergleich zwischen den USA und der BRD. München: AG-SPAK. Unter: http://bidok.uibk.ac.at/library/miles_paul-peer_support.html (Stand: 2.3.2018)

Wegscheider, Angela (2016): Differenzierte Hilfe für Menschen mit Behinderungen in Oberösterreich (1918-1938). Unter: <http://bidok.uibk.ac.at/library/wegscheider-hilfe.html#idm1372128> (Stand: 2.3.2018)

Volker Schönwiese, a.o. Univ.-Prof. am Institut für Erziehungswissenschaft der Uni Innsbruck von 1983 bis 2013 mit Lehre- und Forschung im Bereich Inklusive Pädagogik und Disability Studies, Mitbegründer der Selbstbestimmt-Leben-Bewegung in Österreich, Begründer der digitalen Bibliothek bidok.at.

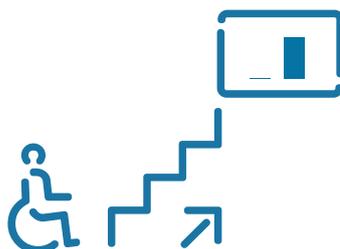


Demonstration gegen Barrieren und Behindertenfeindlichkeit 1978 in Innsbruck | Foto: IBN 1978.

Randfiguren

Zur Darstellung von behinderten Menschen in österreichischen Medien

Die mediale Berichterstattung über bestimmte Personengruppen prägt die in der Bevölkerung wirksamen Vorstellungen über eben diese Gruppen und bestimmt den gesellschaftlichen Umgang mit ihnen. Eine ausführliche Medienanalyse ging der Frage nach, wie Menschen mit Behinderungen in österreichischen Medien dargestellt werden und ob die Darstellung menschenrechtlichen Grundsätzen entspricht, wie es die UN-Behindertenrechtskonvention fordert.



Der Ausgangspunkt der von der Volksanwaltschaft, dem Bundeskanzleramt und der Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH beauftragten und Mitte 2017 präsentierten Medienanalyse^[1] war Artikel 8 der UN-Behindertenrechtskonvention. Im Artikel 8 verpflichten sich die unterzeichnenden Staaten zu einer an Menschenrechten orientierten Darstellung von behinderten Kindern und Erwachsenen. Österreich erhielt diesbezüglich bereits eine Rüge von der UNO und wurde aufgefordert, „Initiativen zur Bewusstseinsbildung zu ergreifen, um das veraltete Wohltätigkeitsmodell im Bereich Behinderung und die Wahrnehmung, dass Personen mit Behinderungen des Schutzes bedürfen, wirksam zu

verändern sowie Anstrengungen zu unternehmen, um ein positives Bild von Personen mit Behinderungen als Menschen, die mit allen im Übereinkommen anerkannten Rechten ausgestattet sind, zu stärken.“^[2] Die Ergebnisse der Untersuchung, die einen Eindruck davon vermitteln, welche Bilder von behinderten Menschen in der österreichischen Medienlandschaft vorherrschen, zeigten bisher kaum Folgen.

Die Grundlage des Datenmaterials bildet die Analyse folgender repräsentativer Massenmedien: Boulevard-Blätter: *Kronen Zeitung, Österreich, Heute*; Qualitätsblätter: *Kurier, Standard*; Regionale Zeitung: *Kleine Zeitung*; Fernsehen: *Heute*

konkret, Heute leben, Bürgeranwalt (ORF); Soziale Netzwerke: *Facebook-Seiten und Facebook-Aktivitäten* aus Österreich.

Alle Formate wurden über den Zeitraum von einem Jahr in Bezug auf die Berichterstattung über Menschen mit Behinderungen erfasst und ausgewertet.

Mangelnde Themenvielfalt

Die Analyse zeigt, dass Menschen mit Behinderungen abseits größerer Ereignisse wie der Paralympischen Spiele oder des Unfalls der Stabhochspringerin Kira Grünberg insgesamt nur einen sehr marginalen Themenbereich darstellen. Dies trifft im Besonderen auf die allgemeine Berichterstattung über den Alltag von Kindern und Erwachsenen mit Behinderungen in Österreich zu. Im untersuchten Zeitraum dominierten drei große Themen: Unfälle von prominenten SportlerInnen [24 %], Paralympics

^[1] Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH (Hrsg.) (2017): Menschen mit Behinderungen in Österreichischen Massenmedien. Wien: Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH. Studienautorin: Maria Pernegger. Unter: <https://tinyurl.com/y9egh4d4> (Stand: 2.3.2018)

^[2] BMASK (2013): Ausschuss der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen: Abschließende Bemerkungen zum ersten Bericht Österreichs. September 2013. S. 7. Unter: <https://broschuere.serve.sozialministerium.at/Home/Download?publicationId=391> (Stand: 2.3.2018)

[22 %] sowie Charity-Aktionen rund um Weihnachten [12 %]. Diese Reduzierung auf drei – noch dazu stark emotionalisierende – Themen führt an einer realistischen und an Menschenrechten orientierten Darstellung vom Leben mit Behinderungen vorbei. Themen wie Gleichstellung in der Arbeitswelt, barrierefreier Wohnraum, Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, persönliche Assistenz für selbstbestimmte Lebensführung oder Sozialversicherung für Menschen mit Behinderungen in Beschäftigungstherapien kommen höchstens punktuell und nur in Qualitätsmedien vor. Erwartungsgemäß zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Medientypen: Qualitätsmedien berichten deutlich häufiger über behinderte Menschen als Boulevardmedien, während sich die letzteren dieser Personengruppe so gut wie gar nicht widmen. „Durch das weitgehende Fehlen der Darstellung von Menschen mit Behinderungen in *Heute* und *Österreich* wird ein Gesellschaftsbild vermittelt, in dem Menschen mit Behinderungen weitgehend unsichtbar sind“, resümiert Studienautorin Maria Pernegger.^[3]

Klischees

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den untersuchten Fernsehsendungen: Behinderten Menschen wird vergleichsweise wenig Sendezeit gewidmet, wobei sich die Sendungen qualitativ stark voneinander unterscheiden: Während in *Heute konkret* und *Heute leben* vor allem Einzelschicksale und Spendenaktionen im Vordergrund stehen, dominieren beim *Bürgeranwalt* durchaus menschenrechtlich relevante Themen wie Barrierefreiheit, Patientenentschädigung, Gesetze und Bildung.^[4]

Die Analyse der Darstellung behinderter Kinder und Erwachsenen in österreichischen Printmedien bringt klassische Klischees zutage: Einerseits dominiert deren Inszenierung als bedauernswerte Opfer, die großes Leid ertragen müssen und denen vor allem durch Spenden geholfen werden kann. Andererseits werden sie als HeldInnen inszeniert, die ihren Alltag bewundernswert meistern. Nicht selten werden behinderte Kinder und Erwachsene auf ihre Behinderung reduziert, ohne dass der ganze Mensch bzw. Facetten seiner Persönlichkeit sichtbar würden. „Vor allem in den reichweitenstarken Boulevardblättern werden Menschen mit Behinderungen besonders häufig als arme Opfer oder bewundernswerte HeldInnen dargestellt.“^[5] Beide Darstellungsformen stehen in eklatantem Widerspruch zu einer nichtdiskriminierenden, an Menschenwürde und gleichen Rechten orientierten Berichterstattung. Ein positives Beispiel stellt demgegenüber die ORF-Sendung *Bürgeranwalt* dar, denn „ein Tatbestand wird sachlich ermittelt und argumentiert, das Drängen Betroffener in eine Opferrolle wird weitgehend vermieden.“^[6]

Nischen

Interessant ist schließlich ein Blick auf die AkteurInnen in der Berichterstattung, also wer in den Medien Menschen mit Behinderungen zum Thema macht. In 80 Prozent der Berichte greifen Medien die Themen selbst auf, in 20 Prozent erfolgt der Anstoß von außen – durch Interessensvertretungen, Dienstleister aus der Behindertenhilfe, Charity-Aktionen oder die Politik, wobei letztere nur in einem Prozent als Akteurin festzumachen ist. Dies ist

ein deutlicher Hinweis darauf, dass Behindertenpolitik in Österreich ein absolutes Nischendasein führt.

Gute Taten

Ein wichtiges Segment stellt – in den Printmedien und im TV – die Berichterstattung über Spenden- und Charity-Aktionen dar und ermöglicht vor allem spendenden Unternehmen eine kostengünstige Form der medialen Präsenz. Behinderte Kinder und Erwachsene müssen dabei als dankbare, häufig namenlose SpendenempfängerInnen fungieren. Mit der österreichweiten Aktion *Licht-ins-Dunkel* erfährt diese Form der medialen Berichterstattung alljährlich einen bedrückenden Höhepunkt, an dem von der Politik über Dienstleister, Wirtschaft und Medien alle involviert sind. Auch jahrzehntelange Kritik konnte daran bis dato nichts ändern.^[7]

Nothing about us without us!

Der in der internationalen Behindertenbewegung seit Jahrzehnten gängige Slogan „Nichts über uns ohne uns!“ sollte als Leitprinzip für alle Maßnahmen zur Verbesserung der Berichterstattung über behinderte Menschen in österreichischen Medien herangezogen werden. Neben MitarbeiterInnen mit Behinderungen in den Redaktionen bräuchte es gerade im Fernsehen auch ModeratorInnen mit Behinderungen, die selbstverständlich nicht nur für dieses Thema zuständig sein sollten. Darüber hinaus müssen JournalistInnen sensibilisiert und geschult werden: für eine Berichterstattung über behinderte Kinder und Erwachsene abseits von Opfer- und HeldInnen-Klischees, für eine Berichterstattung, die dem Alltag und den gesellschaftspolitischen Themen des Lebens mit Behinderungen angemessen ist.

^[3] Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH (2017), S. 33.

^[4] Ebd., S. 78.

^[5] Ebd., S. 43.

^[6] Ebd., S. 80.

^[7] Vgl. z. B.: Respekt, kein Mitleid: Bitte nicht ins Dunkel! Von Franz-Joseph Huainigg. In: Der Standard, 26.12.2017. <https://derstandard.at/2000071038513/Respekt-kein-Mitleid-Bitte-nicht-ins-Dunkel> (Stand: 2.3.2018)

Petra Flieger setzt sich als freie Sozialwissenschaftlerin mit den Themen Gleichstellung und Integration von Menschen mit Behinderungen auseinander.

Herr Groll in Hainburg an der Donau oder kein Rauch ohne Feuer

Angeregt vom Raucherstopp-Volksbegehren fuhren Herr Groll und der Dozent nach Hainburg, um Glanz und Elend der einstigen Tabakfabrik zu studieren. Dass die neue Regierung alle Warnungen der Medizin in den Wind schlug und das Rauchen in Lokalen weiter gestattete, empörte den Dozenten. Groll teilte die Gefühle seines Freundes, die Herrenmenschenmentalität der „Sozialen Heimatpartei“ kündete seiner Meinung nach von wesentlich mehr als nur vom Verlangen nach dem blauen Dunst. Groll sah eine große Portion Sozialdarwinismus am Werk, seiner Meinung nach wurde mit dem ohne Begutachtung durchgepeitschten Gesetz die Rücksichtslosigkeit gegen Nichtraucher und Beschäftigte in der Gastronomie zur Staatsraison erhoben, und er fragte sich, was hinter dieser Vorgangsweise steckt. Wer eine Nebenfrage mit enormem Getöse durchboxt, übt sich vielleicht für andere politische Fragen ein, versuchte er eine Antwort.

Der Dozent wollte Groll da nicht folgen; im schändlichen Umgang mit dem Raucherschutz die Vorwegnahme einer kommenden autoritären Regierungspolitik zu erkennen, sei wohl sehr weit hergeholt, auch wenn eingeräumt werden müsse, dass diese Politik der verbrannten Erde einen Bruch mit dem seit Jahrzehnten gepflogenen konsensorientierten Politikstil darstelle.

Es handle sich eher um eine Politik der verbrannten Glimmstengel, hatte Groll repliziert. Durch viele Abende in verrauchten Floridsdorfer Heurigen an Kleidung und Lunge imprägniert, wollte er aber die kulturhistorische Dimension des Rauchens nicht unterschlagen wissen. Es sei, so führte er während der Fahrt auf der Bundesstraße bei Wildungsmauer aus, das Rauchen nämlich ein Kind der Aufklärung, in den Rauchersalons des achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts seien die Konzepte der Volksherrschaft und der Gleichheit aller Menschen entwickelt worden. Es sei paradox, wenn die Anhänger der blauen Blume der Romantik den blauen Dunst von dessen aufklärerischem Arm abschnitten. Die germanischen Spitzbuben und ihre alten NS-Herren fänden nichts dabei, in den Buden antisemitische Lieder zu grölen; gleichzeitig spielen sie sich zu Verteidigern des freien und selbstbestimmten Rauchens auf, das einst ein Attribut weltläufiger und polyglotter Menschen gewesen sei. In der „Aula“ und anderen freiheitlichen Zeitschriften würden diese Leute als „vaterlandslose Gesellen“ vulgo „heimatlose Juden“ verhöhnt. Das passe ganz und gar nicht zusammen. Offensichtlich sei das einst aufklärerische Rauchen bei den Rechten zu einem männlichen Imponiergehabe verkommen, hatte der Dozent erwidert. Und er fragte sich, warum sich aus den Reihen jener Raucher, die mit der FPÖ nichts am Hut haben, kein Protest gegen die Vereinnahmung ihrer Passion erhebt. Im Übrigen

könne man als Nichtraucher unbeschwert über die Raucherfrage rasonieren, dennoch halte er vom kulturpolitischen Standpunkt die Frage des Rauchens in öffentlichen Räumen mitnichten für unbedeutend. Dass fortschrittliche Raucherinnen und Raucher sich nicht wehrten, lasse darauf schließen, dass die Ideen der völkischen Rechten sich in der Mitte der Gesellschaft breitgemacht hätten. Und er brachte ein Beispiel aus Klagenfurt, wo eine Versammlung von vierzig honorigen Bürgern, die sich „Stadtrichter“ nennen – der männliche Ausdruck stimme in diesem Fall, denn die Klagenfurter bessere Gesellschaft duldet in ihrem Faschingsverein keine Frauen – bei der diesjährigen Faschingsitzung vor hunderten zahlenden Zusehern mit einem Sketch aufwarteten, der von Asylanten handelte und keines, auch nicht das tiefste völkische Argument ausließ. Niemand protestierte, johlend schlug die Klagenfurter Hautevolee sich auf die Schenkel. Es bedurfte eines Berliner Autors, Karsten Krampitz, der 2010 Klagenfurter Stadtschreiber war, dass dieser Griff in die rassistische Mottenkiste über den Umweg der Berliner Wochenschrift „Freitag“ bekannt wurde. Über den „Kurier“ und den „Falter“ drang die Sache endlich auch nach Österreich vor; die Caritas, die in dem Sketch schwer verleumdet wurde, schaltete sich ein, erreichte aber nur eine windelweiche Entschuldigung nach Art Jörg Haiders. Wenn es denn sein müsse, entschuldige man sich eben, spiele den Sketch aber bis zur letzten Aufführung weiter, ließ der Sprecher der „Stadtrichter“, ein Herr Magister Torta, verlauten.

Männerbündelei und Alltagsfaschismus – das geballte Auftreten dieses Rassismus der Tüchtigen, wie der Arzt und Schriftsteller Werner Vogt diesen Bodensatz gesellschaftlicher Einstellungen nannte, gehe aber weit über die FPÖ hinaus, erwiderte der Dozent. Das Verleumden der Schutzbedürftigen und das verbale Hintreten auf alles dem *homo carinthicus* Widerstrebende hat eine tragende Säule des aufgeklärten Bürgertums, die Empathie gegenüber Schwachen, einstürzen lassen. Und so wurden aus honorigen Geschäftsleuten und höheren Beamten, die im Sicherheitsapparat, im Stadtschulrat und in Versicherungen Dienst tun, Protagonisten einer Farce, die sich aus den Kloaken der Geschichte speist. Wer sich mit diesen Herrschaften der gesellschaftlichen Mitte einlasse, müsse jeden Gedanken an humane und stabile Verhältnisse und an ein weltoffenes Kärnten fahren lassen.

Herr Groll ließ den Dozenten vor dem Museum aussteigen, parkte den Wagen ein Stück weiter auf dem Donaudamm und holte den Rollstuhl hervor. Da kam ihm der Dozent im Laufschrift entgegen. Das Tabakmuseum sei geschlossen, rief er schon von weitem.

„Mir lebn ejbig“

Musikalische Be- und Verarbeitungen der Shoah

In Erinnerung an die Befreiung des Konzentrationslagers von Auschwitz am 27. Jänner 1945 durch die Rote Armee hat Radio Stimme im Jänner 2017 und 2018 Beiträge zur musikalischen Erinnerungskultur an die Shoah gesendet. Die Sendungsschwerpunkte lagen einerseits auf der in Konzentrationslagern gespielten und gesungenen Musik und andererseits auf Musik als historischem Dokument und Mahnmahl.



Bild: Marc Chagall

Trotz der grauenhaften Lebensumstände sind in den Konzentrations- und Vernichtungslagern eine beachtliche Zahl an Gedichten, Zeichnungen, Kabarett- und Theaterstücken und auch Musikstücken entstanden. Das Spektrum der komponierten und gesungenen Musik war außergewöhnlich umfassend und beinhaltete bekannte sowie umgetextete Volkslieder oder Schlager genauso wie Jazz oder klassische Musik bis hin zu ganzen Opern. Musik in Konzentrationslagern hatte viele Funktionen und wurde daher auch sehr unterschiedlich rezipiert. Eine behutsame und vielschichtige Diskussion über diese Musik ist daher unerlässlich.

Die SS-Lagerleitungen setzten Musik als strategisches Machtinstrument und als Teil des Terrors ein. Oft wurden Lagerorchester aufgebaut, die auf Befehl beim Auszug und der Rückkehr der Arbeitskommandos Marschmusik spielen

mussten. Wenn neue Transporte im Lager ankamen, bei Deportationen in andere Lager, während Hinrichtungen und Bestrafungsaktionen wurde Musik zur Beruhigung und Vertuschung eingesetzt. Eine weitere Funktion der Musik war Verhöhnung und Demoralisierung der Häftlinge. Im Konzentrationslager Buchenwald musste etwa das „Buchenwaldlied“ von Fritz Löhner-Beda und Hermann Leopoldi am kalten Appellplatz von den entkräfteten Inhaftierten über Stunden geübt werden.^[1] Bei Inspektionen ließ man die jüdischen Häftlinge das „Judenlied“ – voller Selbstbezeichnungen und antisemitischer Klischees – singen.^[2] Musiker_innen wurden auch zur Unterhaltung der SS bei Feiern oder zur Propagandazwecken eingesetzt.

Aber auch die Menschen im Konzentrationslager selbst hatten ihre Musik. Diese wurde unter großem persönlichen Risiko illegal getextet, komponiert und gesungen oder von

der SS toleriert. Diese Musik diente der Selbstbehauptung, dem Erhalt der eigenen Individualität und dazu, sich gegenseitig Mut zu machen und sich von den schrecklichen Ereignissen in der Gefangenschaft abzulenken, wie Ilse Weber in ihrem Gedicht „Musica Prohibita“ schreibt:

*„Wir dürfen, umgeben von Tod und von Grauen,
den Glauben an uns nicht verlieren,
wir müssen der Freude Altäre bauen
in den düsteren Massenquartieren.“*

Musik diente auch zur Dokumentation der Zustände in den Konzentrationslagern. In vielen Liedern werden die schlechten hygienischen Bedingungen, Brutalität sowie Zwangsarbeit, Krankheiten und Mord besungen, beispielsweise im „Auschwitzlied“ von Camille Spielbichler (oder Margot Bachner) oder im Lied „Tanz Mädchen!“ von Krystyna

Żywulska. Es gab auch direkten Widerstand in Musikform, beispielsweise das Lied „Mir lebn ejbig“, das von Lejb Rosental im Wilnaer Ghetto geschrieben und aufgeführt wurde. Hier wird nicht nur die jiddische Sprache verwendet, es wird zudem unbedingter Überlebenswille und der Sieg über alle Feinde besungen. Die Grenzen sind allerdings fließend, denn auch in der Musik, die von der SS befohlen wurde, konnten oft widerständige Elemente untergebracht werden. Sogar das oben erwähnte „Buchenwaldlied“ konnte später als widerständiges Lied gedeutet werden, vor allem wegen der letzten Zeilen: „Wir wollen trotzdem ja‘ zum Leben sagen, denn einmal kommt der Tag, dann sind wir frei!“

Musik als Mahnmahl: „Partituren der Erinnerung“

Der Band „Partituren der Erinnerung. Der Holocaust in der Musik“ versammelt die Vorträge der gleichnamigen Tagung

des Wiener Wiesenthal-Instituts für Holocaust-Studien aus dem Jahr 2011. Inhaltlich starten die Beiträge bereits während des Nationalsozialismus und setzen sich mit Produktionsverhältnissen unter Berufsverboten, Verfolgung und „rassischer Segregation“ sowie der Situation für Musiker_innen in Lagern und Ghettos auseinander.

Der zeitliche Bogen spannt sich bis in die heutige Zeit – die Beiträge befassen sich mit Fragen nach den Funktionen von Musik für das kulturelle Gedächtnis, als Erinnerungsmedien und Vermittelnde zwischen damals und heute. Hier geschieht einerseits eine Kanonisierung von bestimmten Stücken, die international als „Holocaust-Gedenk-Musik“ anerkannt sind und an Gedenktagen gespielt werden, andererseits lassen sich

Tendenzen in der Gestaltung der Kompositionen erkennen. Erwähnung im Buch findet z. B. die Entwicklung der Monumentalwerke für großes Orchester samt Chor in den 1950er Jahren bis zu Kompositionen für Kammermusik mit Streichquartett und Solostimme und immer minimalistischeren und abstrakteren Instrumentalisierungen, wie sie später üblich wurden. Allgemein lassen sich drei große Diskurse ausmachen: Wiederaufführungen von Musik und Vertonungen von kulturellen Artefakten aus der Zeit des Nationalsozialismus, Produktionen einer widerständigen Erinnerungskultur ab den 1980er Jahren sowie Narrative, die sich dem Thema Traumata und Erinnerung abstrakter annähern.

Julia Hinterbergers Aufsatz „I never saw another butterfly“ hat Vertonungen von Artefak-

ten aus Konzentrationslagern zum Thema. Pavel Friedmanns Gedicht „Der Schmetterling“ steht wie kein anderes für das Vermächtnis von Kindergedichten aus dem Konzentrationslager Theresienstadt. Kinder und Jugendliche wurden in Theresienstadt lediglich mit Singen und Zeichnen beschäftigt, Bildung konnte nur heimlich und unter Lebensgefahr der Lehrer_innen erfolgen. Erhalten geblieben sind zahlreiche Texte und rund 4.000 Zeichnungen, die teilweise vertont wurden. Diese Vertonungen bemühen sich meist um eine „Authentifizierung“, und greifen daher oft auf Kinderchöre und junge Stimmen zurück. Hinterberger kritisiert, dass insbesondere die Zeichnungen durch die Vertonung oft mit neuen Inhalten aufgeladen werden und der Authentizitätsanspruch damit ad absurdum geführt wird.

Beate Kutschke befasst sich in ihrem Text „The Triumph of Death“ mit auslösenden Faktoren für Holocaust-Kompositionen in den 1980er Jahren und geht dabei insbesondere auf einen Paradigmenwechsel in der deutschen politischen Kultur ein. Die 1982 angetretene christdemokratisch-liberale Regierung unter Kanzler Kohl hätte ein „Vergeben-und-Vergessen“ befürwortet, gegen das sich Widerstand im sogenannten Historikerstreit

ab 1986 artikuliert. Dabei standen sich unterschiedliche Annahmen zur Verantwortung für die Shoah gegenüber. Intentionalist_innen sehen die Verantwortung bei ranghohen Funktionär_innen der Nazi-Regierung, während Funktionalist_innen die Shoah als Verbrechen eines gesamten Gesellschaftssystems betrachten. In diesem diskursiven Gefüge um Schuld, Verantwortung und Handlungsmacht ist der erneute Aufschwung an Holocaust-Kompositionen ab den 1980er-Jahren zu sehen, zu dem auch Frederic Rzewskis postminimalistisches Stück „The Triumph of Death“ gehört.

Chaya Czernowin's Oper „Pnima – im Inneren“ steht im Fokus des Beitrags von Golan Gur. Die Oper basiert auf dem Text „See Under: Love“ des israelischen Schriftstellers David Grossmann. Aus der Sicht des Kindes Momik wird das Verhältnis zu einem viel älteren traumatisierten Menschen dargestellt. Aus dem Schweigen der Erwachsenen reimt sich Momik seine eigene Interpretation der Dinge zusammen. Gur öffnet eine sehr interessante Diskussion zum Thema „(Un-)Angebrachtheit“, um die sich die Debatte um die gesellschaftliche Vertretbarkeit von künstlerischen Arbeiten über die Shoah seit jeher dreht.

¹¹³ Vgl. Milan Kuna (1998): Musik an der Grenze des Lebens. Frankfurt am Main: Zweitausendeins, S 63ff.

¹¹⁴ Vgl. Philipp Mittnik (2000): Musik und Bildende Kunst im Konzentrationslager Mauthausen. Wien: Diplomarbeit an der Universität Wien, S 39f.

¹¹⁵ Vgl. Gabriele Knapp (1996): Das Frauenorchester in Auschwitz. Musikalische Zwangsarbeit und ihre Bewältigung. Hamburg: Bockel Verlag, S 111ff.

¹¹⁶ Vgl. Anne-Berencie Rothstein (2015): „Ewig kann's nicht Winter sein“. Kulturproduktion im Konzentrationslager. In: diess. (Hg.): Poetik des Überlebens. Kulturproduktion im Konzentrationslager. Oldenburg: De Gruyter, S 4ff..

¹¹⁷ Lisa Fischer (2015): „Komm mit nach Terezín“. Musik in Theresienstadt 1941–45. Wien: Edition MoKka, S 34.

¹¹⁸ Vgl. Milan: Musik an der Grenze des Lebens. S 63ff.

¹¹⁹ Vgl. Béla Rásky, Verena Pawlowsky (2015) (Hg.): Partituren der Erinnerung / Scores of Commemoration. Der Holocaust in der Musik / The Holocaust in Music. Beiträge zur Holocaustforschung des VWI, Band 1.

Die Sendungen „Annäherungen an Traumata“ und „Erinnern! Geschichte vertont und erzählt“ wurden am 17. Jänner 2017 und am 14. Jänner 2018 bei Radio Orange 94,0 erstausgestrahlt und sind im Sendungsarchiv unter www.radiostimme.at abrufbar.

Melanie Konrad und Julia Hofbauer sind Redakteurinnen bei Radio Stimme.



das politische magazin
abseits des mainstreams

auf freien radios und im internet

www.radiostimme.at

Wien	Orange 94.0
Innsbruck	FREIRAD
Graz	Radio Helsinki
Kärnten / Koroška	Radio AGORA
Bludenz	Radio Proton
Salzburg	Radiofabrik
Linz	Radio FRO
Salzkammergut	Freies Radio Salzkammergut
Kremstal	Freies Radio B138



Foto: Archiv des Slowenischen wissenschaftlichen Instituts in Klagenfurt/Celovec (ASZI), Sammlung Izseljenci.

Der Kampf um Erinnerung

Gedenkmarsch in Klagenfurt/Celovec, 1946

Montag, 15. April 1946. Es ist ein freundlicher Frühlingstag, die Sonne scheint.

Beinahe ein Jahr ist vergangen, seitdem die nazistische Gewaltherrschaft besiegt und der Zweite Weltkrieg beendet worden ist. Auf dem Schwarz-Weiß-Foto finden sich noch zahlreiche Spuren des Krieges: etwa der Schutthaufen auf der Straße links vorne im Bild oder die zerstörten Häuser im Hintergrund. Inmitten dieser Trümmer bewegt sich ein Demonstrationszug auf einen Treppenaufgang zu. In der vordersten Reihe lauter junge Gesichter. Die Menschen bilden eine lange Schlange – es müssen Hunderte sein. Manche von ihnen halten Schilder in die Höhe. Auf diesen sind antifaschistische Botschaften in slowenischer Sprache angebracht: *Naj živijo antifašisti! | Živela svoboda! | Smrt fašizmu Dol z nacisti!* (Es leben die Antifaschisten! | Es lebe die Freiheit! | Tod dem Faschismus, nieder mit den Nazis!). Jubel, Mahnung, Forderung.

Am Rande beobachten zahlreiche Zuschauer_innen das Geschehen. Unter ihnen befinden sich vermutlich auch Angehörige der einheimischen Polizei, aber auch der britischen Behörden, da Kärnten/Koroška zu diesem Zeitpunkt der Hoheitsgewalt der britischen Militärregierung untersteht.

Es handelt sich um einen Gedenkmarsch, der an den antifaschistischen Befreiungskampf und an die mehr als 900 Kärntner Slowen_innen erinnern soll, die am 14. und 15. April 1942 überfallsartig von ihren Häusern und Höfen vertrieben und in der Folge in verschiedene Lager nach Deutschland deportiert worden waren. Sie galten dem NS-Regime als „volks- und staatsfeindlich“, ihr Besitz wurde konfisziert und „Umsiedlern“ aus dem Kanaltal oder auch nationalsozialistischen Parteigenossen übergeben.

Die kommunistische Zeitung *Volkswille* berichtete in ihrer Ausgabe vom 18. April 1946, dass manche der Teilnehmer_innen am Gedenkmarsch auch „Tafeln einzelner Ortschaften [trugen, Anm. der Verf.], worauf die Zahl der aus ihrem Ort ermordeten Helden oder ausgesiedelten Familien ersichtlich war“.^[1] Ein paar Monate zuvor, am 1. Februar 1946, war die *Zveza Slovenskih Izseljencev* (Verband ausgesiedelter Slowenen) in Klagenfurt gegründet worden.^[2] Ziel war, ein eigenes Vertretungsorgan ehemals Ausgesiedelter zu

schaffen, um einander nach der Rückkehr nicht nur in Belangen der materiellen Entschädigung wie der wirtschaftlichen und beruflichen Wiedereingliederung zu unterstützen. Auch das Gemeinschaftsgefühl sollte gestärkt und die Erinnerungen an das erlittene Leid und die Verbrechen des NS-Regimes sollten aufrechterhalten werden.^[3] So beschloss man bereits bei der Gründungssitzung, den 15. April fortan als Gedenktag zu begehen.^[4]

Doch die Abhaltung des Gedenktages war zwecks Verhinderung vielfachen behördlichen Schikanen ausgesetzt: Diese reichten von Schwierigkeiten bei der Genehmigung, über Versuche, die Menschen an der Teilnahme zu hindern bis zu bewussten Störungen während des Gedenkmarsches. Bereits im Vorfeld wurden großräumig Ausweiskontrollen durchgeführt und Menschen davon abgehalten, nach Klagenfurt/Celovec zu reisen, schreibt die Historikerin Brigitte Entner, die die Ereignisse rund um die Demonstration historisch aufgearbeitet hat.^[5] Dennoch gelang es rund 1000 bis 3000 Menschen (die Zahlenangaben variieren) daran teilzunehmen.

Nichts im Foto deutet darauf hin, dass dieser friedliche Gedenkmarsch von jungen und alten Kärntner Slowen_innen, ehemaligen Ausgesiedelten und Widerstandskämpfer_innen, kurze Zeit später von der Polizei gewaltsam angegriffen werden sollte. Die Erinnerungen der ehemaligen Partisanin Helena Kuchar, die von Eisenkappel/Železna Kapla angereist war, erlauben einen Einblick in das Ausmaß der Gewalt und die persönliche Betroffenheit, die diese ausgelöst haben muss: „Die Polizisten spritzen mit Feuerwehrpumpen in die Menge und droschen mit Knüppeln auf Männer, Greise, Frauen und Kinder. Alles hatte ganz ruhig angefangen. Nach der Gedenkfeier zogen dreitausend Menschen schweigend durch die Stadt. Plötzlich stürmten von allen Seiten versteckte Polizisten aus den Häusern. Zivile Nazis und deutsche Kriegsgefangene mischten sich unter sie und gingen mit Steinen und Prügeln gegen die Slowenen vor. Mit einem Schlag war die Hölle los, in allen Ecken tobte der Kampf.“^[6] Die Folge: 79 Festnahmen und zahlreiche Verletzte, zwei von ihnen schwer.^[7]

Das Foto zeugt von der eindrucksvollen öffentlichen Manifestation einer Minderheit, die Jahre der Verfolgung überlebt hatte und die begangenen Verbrechen nicht vergessen konnte und wollte. Ihre Präsenz auf den Straßen von Klagenfurt/Celovec war offensichtlich eine zu große Provokation für jene, die im Mai 1945 unter massiver Beteiligung slowenischer Widerstandskämpfer_innen besiegt worden waren. Ihre öffentliche Sichtbarkeit in Kärnten/Koroška wie auch die Erinnerung an die NS-Verbrechen sollte beseitigt werden – nicht nur an diesem 15. April 1946, sondern auch in den Folgejahren und -jahrzehnten.

^[1] *Volkswille*, 18.4.1946, S. 3.

^[2] Brigitte Entner: Ein Neubeginn oder ein Spiel mit der Zeit – Die ehemals Ausgesiedelten im ersten Nachkriegsjahr. In: *Carinthia I*, 202 (2012), 471-482; 480.

^[3] <http://izseljenci.slo.at/organizacija.htm> (Stand: 2.3.2017)

^[4] Entner, 2012, 480.

^[5] Ebd.

^[6] Jelka: aus dem Leben einer Kärntner Partisanin, Thomas Busch/Brigitte Windhab nach Tonbandaufzeichnungen von Helena Kuchar, A.P.I Basel 1984, 104.

^[7] Entner, 2012, 481.



Gelebt, erlebt, überlebt.
Von Gertrude Pressburger.
Aufgezeichnet von Marlene Groihofer.
Wien: Paul Zsolnay Verlag 2018
208 Seiten; EUR 19,60
ISBN 978-3-552-05890-3

„Ich lasse mich nicht unterkriegen“

Im Kontext der österreichischen Bundespräsidentenwahl 2016 meldete sich „Frau Gertrude“ mit einer mahnenden Videobotschaft auf YouTube zu Wort und warnte vor rechtsextremer Rhetorik. Nun hat sie mit der Journalistin Marlene Groihofer ihre Lebensgeschichte festgehalten.

Gertrude Pressburger wird im Jahr 1927 in Wien geboren. Drei Jahre später kommt ihr Bruder Heinz zur Welt. 1934 folgt der jüngste Bruder Josef, genannt Lumpi. Anfang der 1930er Jahre ist die Familie vom Judentum zum Katholizismus konvertiert. Die Kinder sind getauft, besuchen den Religionsunterricht und gehen am Sonntag in die Kirche.

Je näher das Jahr 1938 rückt, desto feindseliger wird das Umfeld: 1937 zieht die Familie nach antisemitischen Angriffen – während des Wäscheaufhängens fliegt eine Pfanne in Richtung der Mutter und verfehlt sie nur knapp – von der Belghofergasse in Meidling in die Wehlistraße in der Leopoldstadt. Ein Cousin aus Amerika rät der Familie, in die USA auszuwandern. Doch der Vater antwortet: „Der Hitler hat hier ohnehin keine Zukunft, wir gehen nicht weg.“

Als eines Tages Lumpi erzählt, er spiele mit einem Jungen nicht mehr, weil dieser ein Jude sei, werden die Kinder aufgeklärt: „Wir sind aber eigentlich Juden.“ In der Schule zeichnet Heinz das schönste Hakenkreuz, das der Lehrer an die Wand hängt. Der Direktor reißt die Zeichnung von der Wand: „Der Jud?! Der darf das gar nicht zeichnen!“ Die Kinder werden von anderen Kindern als Juden beschimpft und mit Steinen beworfen, sie werden Zeug_innen von „Reibpartien“. Der Vater wird inhaftiert, und als er nach einer Woche wieder frei kommt, verläßt die Familie Österreich. Die Aufenthaltsgenehmigung in Jugoslawien wird nicht verlängert, die Odyssee beginnt: Triest, Mailand, Padua, San Remo, Genua, Ljubljana, Caprino Veronese und wieder zurück nach Jugoslawien.

Im März 1944 stehen bewaffnete Männer an der Tür. Alle werden in einen Lastwa-

gen gezwängt, anschließend in einen Viehwaggon gepfercht und nach Auschwitz-Birkenau deportiert. Dort wird die Familie getrennt. Mutter und Geschwister werden ermordet. Der Vater stirbt auf dem Weg in ein anderes Lager. Einzig die Tochter überlebt. Anstatt eines Namens trägt sie nunmehr die Nummer 76831.

Sehr detailliert beschreibt Pressburger Auschwitz-Birkenau, den Weitertransport nach Reichenbach, die Fußmärsche, Zwangsarbeit, den Transport nach Hamburg, die Fahrt ins Ungewisse und endlich die rettenden Worte: „Ihr seid frei.“ Über Dänemark und Schweden kehrt sie 1947 nach Wien zurück.

In einer Pause nach zwei Stunden Reden bemerkt die heute 91-Jährige, sie habe noch nie so lange darüber gesprochen, denn niemand habe Näheres wissen wollen. —

Petra M. Springer



Muslimische Diversität. Ein Kompass zur religiösen Alltagspraxis in Österreich.
Von: Ednan Aslan, Jonas Kolb und Erol Yildiz (Hrsg.)
Wien: Springer VS 2017
506 Seiten; EUR 71,95
ISBN 978-3-658-17553-5

Ein Beitrag zur Versachlichung

Der Islam wird häufig mit Terroranschlägen, Fanatismus, Extremismus, Radikalismus und bestimmten Bekleidungs Vorschriften in Verbindung gebracht. Das Image ist negativ, die öffentliche Debatte überreizt.

Das Buch „Muslimische Diversität“ möchte der einseitigen, klischee besetzten Betrachtungsweise entgegensteuern und einen Beitrag zur Versachlichung leisten. Es setzt sich mit der Lebenswirklichkeit der Mehrheit der muslimischen Bevölkerung in Österreich auseinander und untersucht die Variationsbreite und Vielschichtigkeit ihrer (religiösen) Alltagspraxis. Die empirische Erhebung erfolgt sowohl mittels eines qualitativen als auch eines quantitativen methodischen Ansatzes.

Bei den qualitativen Erhebungen (71 Interviews) wurde auf ein subjektorientiertes Prinzip Wert gelegt, bei welchem die Betroffenen selbst zu Wort kommen. Die Erhebungen beziehen sich auf die religiöse Alltagspraxis von Muslimen, mit dem Versuch, unterschiedliche Umgangsformen mit

Religion im Alltag zu rekonstruieren. In einem zweiten Schritt wurde bei der gleichen Zielgruppe mit 648 Personen eine quantitative Erhebung mittels eines dreistufigen Designs durchgeführt, um die Ausprägung und Vielschichtigkeit der Religiosität im Alltag zu erheben. Das Buch führt die kongruenten und einander entsprechenden Ergebnisse der beiden Erhebungsmethoden zusammen und stellt sie als miteinander verflochten dar. Diese Ergebnis zusammenführung und -darstellung stellt den besonderen Anreiz dar.

Aspekte hinsichtlich eines internationalen Vergleichs hätten eventuell berücksichtigt werden können. Es ist jedoch nachvollziehbar, dass aufgrund der breit angelegten und ausführlichen Studie darauf verzichtet wurde.

Das Buch ist informativ, aktuell und in seinen Beiträgen kohärent. Für die Hochschullehre ist es sehr geeignet. Bedingt durch den logischen Aufbau und die verständliche, schlüssige Sprache ist der Band für einführende Proseminare und aufgrund der methodisch sehr gut aufbereiteten, detaillierten Darstellung und nachvollziehbaren Schlussfolgerungen auch für vertiefende Proseminare sehr interessant. Dank der Detailtreue und hohen wissenschaftlichen Validität ist es ebenso für profunde Wissenschaftler der Islamforschung zu empfehlen. Diese Grundlagenstudie stellt ein Musterbeispiel für ein mehrperspektivisches Design und einen Mixed-Methods-Ansatz dar. —

Vera Ratheiser

Edelsteine und Juwelen

Gerald K. Nitsche gibt Dichtung „Fahrender“ heraus – Es ist so etwas wie das Lebenswerk des Künstlers, Autors und Verlegers

„Wir sind Fahrende“ überschreibt Gerald Kurdoğlu Nitsche sein Vorwort, in dem er seine eigenen „Fahrten“ in diesem Leben Revue passieren lässt: 1941 in Wien geboren, musste er bereits 1944 aus der Bundeshauptstadt flüchten – kriegsbedingt. Kärnten, das Tiroler Unterland und Holland waren weitere Stationen des nunmehrigen Waisen (Vater und Mutter starben innerhalb von 15 Monaten), ehe der damals Elfjährige eine neue Familie fand: Die neue „Mutta“ Anny Schöpf holte Gerald Nitsche am 17. Mai vom Bahnhof Landeck ab. Etliche Jahre später – Nitsche war inzwischen Deutschlehrer und Kunsterzieher – machte er sich wieder auf den Weg. Zuerst zu den Travellers in Irland, dann zu den Sami in Nordskandinavien, mitteleuropäische Roma und Sinti und auch Jenische gaben Nitsche ebenfalls Gedichte und Erzählungen aus ihrem „fahrenden“ Leben preis. „Steine am Weg“ ist den be-

reits verstorbenen Romed Mungenast, Hannes Weinberger und Ceija Stojka gewidmet. Nitsche beginnt mit Interviews mit irischen Travellers, die er zuletzt 2002 geführt hat – eine Einleitung mit Erfahrungen, wie sie viele Fahrende machen/gemacht haben. Christine Schlosser führt in das Leben der Sami in Skandinavien ein, uns auch als „Lappen“ bekannt. Gedichte von sechs Sami, die jeweils mit Kurzbiografie vorgestellt werden, sind Teil des Buches. Roma und Sinti ist das umfangreichste Kapitel gewidmet. Unter den rund 30 AutorInnen finden sich dank Nitsches Atelier im Kärntnerwaldele in Graf auch im Oberland bekannte, etwa Olimpio Cari und Ceija Stojka. In Stojkas Lyrik und Erzählungen wird die brutalste Zeit für Fahrende erlebbar: Die Zerstörung der Menschen und der Kultur im Konzentrationslager. Nur sechs der gut 200 Personen zählenden Großfamilie überlebten Lager und Todesmär-

sche. Und auch die Jenischen („Kärnrer“) kommen in „Steine am Weg“ zu Wort, etwa Oberländer wie die in Haiming geborene Sieglinde Schauer-Glatz oder der 2005 verstorbene Zammer Romed Mungenast. Etliche seiner Gedichte stellt Nitsche (wieder) vor, auch das „Inser Patrus!“ (Vater unser), in dem es heißt: „Versteh aber, wir sind alle deine Kinder“. Den Band beschließt ein Pettneuer: Oswald Perktolds kurzes Theaterstück „Drei Schwabenkinder“, das im Jahr 1880 spielt, zeigt eine weitere Facette des „Fahrens“. Zeichnungen, Bilder von Keramik oder Fotos (etwa von Josef Huber) lassen die „Fahrenden“ auch bildlich in Erscheinung treten. —

Daniel Haueis

Leicht gekürzte Fassung der am 22./23.11.2017 in der RUNDschau Landeck erschienenen Buchbesprechung.



Steine am Weg. Gedichte und Erzählungen. Edelsteine, Juwelen von und für unterwegs. Von Gerald Kurdoğlu Nitsche und Bruno Gitterle (Hg.). Landeck: EYE Verlag 2017 208 Seiten; EUR 28 ISBN 3-901735-29-1

Im Rollstuhl gegen Verschwörungen

Der Rollstuhlfahrer Groll wird wieder einmal unweigerlich zum Ermittler. Diesmal führt es den notorischen Liebhaber der Binnenschifffahrt nach Rom, wo er entlang dem Tiber zwei parallelen Weltverschwörungen auf die Schliche kommt und dabei nicht nur den eigenen Kopf und Kragen, sondern auf Roms unwegsamen Straßen auch die an sich robuste Gesundheit seines Weggefährten Joseph III., des schweizerischen Rollstuhls, riskiert.

Eine Frau sucht Groll in dessen Freiluftkneipe bei einem Floridsdorfer Heurigen auf und erteilt ihm den Auftrag, ihren seit sechs Wochen verschwundenen Sohn Markus, Student an der Päpstlichen Universität und angehender Malteserritter, zu finden. Groll bricht mit seinem „der Dozent“ genannten Kumpan nach Rom auf. Der Hietzinger Akademiker will sich in Rom mit einer auf Mittelalter spezialisierten polnischen Kollegin treffen, mit der er bereits seit einiger Zeit in Korrespondenz steht und die in Rom seine Expertise in einer geheimen Sache einholen möchte.

Groll besucht unterwegs einen alten Freund, der im Weingut der Malteser tätig ist, und findet dessen Leiche. In Rom nehmen die Ereignisse

ihren vollen Lauf. Die Spur zu Markus führt Groll und seinen neu erworbenen Assistenten, den Lebenskünstler Ezechiël, zu einem weiteren Mordopfer, während sich der Dozent mit der polnischen Kollegin amourösen Abenteuern hingibt. Unterdessen erfahren wir ihr Forschungsgeheimnis. Vom Koran gebe es verschiedene, von jüdischen Schriftgelehrten verfasste Versionen: ein Buch mit absichtlich eingefügten Fehlern und ein Buch voller Ironie und unreligiöser Gegenlebensentwürfe. Die Historikerin suche diese Bücher, um einen Weltkrieg zu verhindern.

Schließlich findet Groll den verschwundenen Sohn und erfährt von ihm, dass der argentinische Papst eine Gruppe von treuen jungen Leuten – darun-

ter auch Markus – jene dunklen Geschäfte untersuchen lasse, in die auch die Malteser Großkrieger verstrickt seien. In einer als islamistischer Terroranschlag inszenierten Verschwörung versucht die Gegenseite, den Papst zu töten, was ihr – nicht zuletzt dank dem Zutun Grolls – misslingt. Mit Hilfe seines väterlichen Freundes, des italo-amerikanischen Mafiosos Giordano, verlässt Groll Italien und erreicht mit einem Kreuzfahrtschiff New York.

Der sechste Groll-Roman von Erwin Riess ist – wie gewohnt – komplex aufgebaut. Ein literarisches wie politik-analytisches Meisterwerk bietet der Autor jedenfalls mit seinem Prolog. —

Hakan Gürses



Herr Groll und die Stromschnellen des Tiber. Roman Von: Erwin Riess Salzburg/Wien: Otto Müller Verlag 2017 314 Seiten; EUR 22,- ISBN 978-3-7013-1254-2

100 Jahre Wahlrecht für Frauen

Mit dem Ende des Ersten Weltkrieges und der Ausrufung der Republik 1918 wurde auch das allgemeine Wahlrecht für Frauen verabschiedet. 100 Jahre und zahlreiche frauenpolitische Fort- und Rückschritte danach ist das Jubiläumsjahr 2018 von der #metoo-Debatte anlässlich weitverbreiteter sexueller Belästigung von Frauen – nicht nur in Politik, Sport, Kunst und Kultur – massiv überschattet. Gleichzeitig ist – zwanzig Jahre nach dem ersten – ein Frauen*Volksbegehren im Laufen. In einem Schwerpunktheft laden wir Theoretiker*innen, Aktivist*innen und Politiker*innen ein, über die Geschichte der Frauenbewegung sowie die Forderungen und Aussichten des Volksbegehrens zu diskutieren.



Die Volksvertreterin.

D a m e : Ich muß jetzt in's Parlament. Bade einstweilen das Kind und ziehe ihm reine Wäsche an.

Bild: Zeitschrift „Die Wespen“, XXXVIII. Jahrgang, 44, 13. 11. 1907, S. 4

Abonnieren!

Liebe Freund_innen der **stimme** !

In der Ausgabe #106, die gerade vor Ihnen liegt, werden Sie kein einziges Inserat finden. Das bedeutet, dass das Frühjahrsheft 2018 der Stimme nicht ausfinanziert ist. Wir befürchten das Ausbleiben der Inserate auch in den kommenden drei Ausgaben und sind daher mehr denn je auf Sie – als zahlende Abonnent_innen – angewiesen.

Die **stimme** ist die einzige minderheitenübergreifende Zeitschrift in Österreich und informiert nunmehr 27 Jahre und 106 Ausgaben lang über Anliegen und Forderungen von Minderheiten, diskutiert die Einwicklungen in der Minderheitenpolitik und tritt für minoritäre Allianzen ein.

Das Jahresabo kostet nur 20 Euro. Bitte abonnieren Sie die **stimme** / schenken Sie ein **stimme -Abo** / empfehlen Sie uns weiter!

Danke und auf ein Wiederlesen!

E-Mail an: abo@initiative.minderheiten.at mit dem Betreff ABO.

Aufruf für ein Gedenkprojekt

In Zusammenhang mit dem Gedenken an das Novemberpogrom vor 80 Jahren suchen wir Menschen, die diese Tage selbst in Wien erlebt haben und darüber berichten können oder sich eventuell an Erzählungen der Eltern erinnern. Es sollen die Erinnerungen von Jüdinnen und Juden sowie von PassantInnen, ehemaligen NachbarInnen und ganz allgemein BeobachterInnen erfasst werden. Falls es in Haushalten private Fotografien der Verbrechen und Verwüstungen gibt, wären diese auch von großem Interesse. Dabei geht es nicht nur um die Verbrechen, die in der Tempelgasse begangen wurden, sondern um das Pogrom in ganz Wien.

Natürlich bitten wir auch alle, die persönliche Erinnerungen an den Leopoldstädter Tempel oder die Institutionen in der Tempelgasse vor 1938 bzw. zwischen 1938 und 1945 haben, uns zu kontaktieren.





» nächste **stimme** erscheint im Juni 2018

Erscheinungsort: Innsbruck | Verlagspostamt: 6020 Innsbruck | P.b.b. | Bürgerinitiative Demokratisch Leben | Stimme Nr. 106 | Aufgabepostamt: 1239 Wien | Zulassungsnummer: SP 02Z031717 S
Österreichische Post AG/Sponsoring Post | Rücksendeadresse: Initiative Minderheiten, Gumpendorfer Straße 15/13, 1060 Wien | ISSN: 2306-9287



BUNDESKANZLERAMT  ÖSTERREICH

KUNST



NATIONALFONDS
DER REPUBLIK ÖSTERREICH FÜR OPFER DES NATIONALSOZIALISMUS

ZukunftsFonds
der Republik Österreich